



Bündnis Niedersachsen packt an

Erste Jahresbilanz 2015/2016



Niedersachsen

Vorwort



Im letzten Jahr haben wir enorme Flüchtlingsbewegungen erlebt. Allein im Jahr 2015 sind rund einhunderttausend Menschen vor den Gefahren durch Bürgerkrieg, Terror und Verfolgung nach Niedersachsen geflohen. Viele von ihnen werden bleiben und in Niedersachsen ihre neue Heimat finden. Derzeit kommen zwar weniger geflüchtete Menschen nach Deutschland und nach Niedersachsen als im vergangenen Jahr, aber die Integration der neu zugewanderten und bleibeberechtigten Menschen ist und bleibt unsere zentrale politische und gesellschaftliche Aufgabe.

Viele dieser Zuwandererinnen und Zuwanderer leben bereits in unserer Nachbarschaft und werden auch bei uns bleiben. Die große Herausforderung der Integration von Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund und -erfahrungen kann nur im Schulterschluss von Politik und Gesellschaft, von allen staatlichen

und zivilgesellschaftlichen Ebenen bewältigt werden.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war die Gründung des Bündnisses „Niedersachsen packt an“, das auf ein erfolgreiches erstes Jahr zurückblicken kann und dessen Arbeit im ersten Jahr mit dieser Bilanz präsentiert wird.

Im Herbst 2015 haben die beiden großen christlichen Kirchen in Niedersachsen, die Gewerkschaften und Unternehmerverbände, die kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens sowie die Niedersächsische Landesregierung dieses Bündnis gegründet. Wir stehen gemeinsam für ein weltoffenes Niedersachsen, wir unterstützen die Flüchtlingshilfe und wir arbeiten eng zusammen bei der Integration.

Gemeinsam zu leben, gemeinsam zu arbeiten, gemeinsam Erfolg zu haben – das ist der Anspruch des Bündnisses „Niedersachsen packt an“. Das Bündnis ist damit auch Ausdruck für eine gesellschaftliche Haltung: Eine Haltung, die auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und Zuversicht setzt und Rechtsextremismus, Ausgrenzung und Diskriminierung eine klare Absage erteilt.

Ich bin mir sicher, dass dieses Bündnis einen wichtigen Beitrag dazu geleistet

hat und weiterhin leisten wird, dass wir in Niedersachsen eine offene, tolerante und solidarische Gesellschaft bleiben und wir weiter eine große Hilfsbereitschaft gegenüber den geflüchteten Menschen beweisen.

Einen Aspekt möchte ich an dieser Stelle hervorheben: Ohne die großartige Leistung aller freiwilligen Helferinnen und Helfer wäre die Herausforderung der Unterbringung und Versorgung der geflüchteten Menschen nicht möglich gewesen. Diese freiwilligen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer geben der Flüchtlingsarbeit ein Gesicht und sind Vorbilder für unsere ganze Gesellschaft. Hierfür bedanke ich mich ganz herzlich!

Stephan Weil

Niedersächsischer Ministerpräsident

Inhalt

Vorwort 3

Niedersachsen packt an – das Bündnis für Niedersachsen 6

Das Bündnis – Wer wir sind ... 6

Was uns gemeinsam bewegt ... 7

Was wir gemeinsam bewegen ... 7

Wie wir gemeinsam bewegen ... 8

Niedersachsen packt an:
Mohammads neues Leben, Niedersachsens Chance 9

Niedersachsen packt an aus Sicht
der Bündnispartnerinnen und Bündnispartner 10

Ein Jahr Niedersachsen packt an von Ralf Meister 10

Prof. Dr. Felix Bernard 11

Dr. Volker Müller 12

Hartmut Tölle 13

Klaus Wiswe 14

Dr. Marco Trips 15

Heiger Scholz 16

Niedersachsen packt an – Die Arbeitsgruppen
als inhaltliches Rückgrat des Bündnisses 18

Das Bündnis im Schaubild 18

Die Integrationskonferenzen: Erste Ergebnisse
und Maßnahmen der Landesregierung 19

Integrationskonferenz „Werkstatt Sprache“ am 16. März 2016 20

Ergebnisse 22

Spracherwerb und Integration nach Aufnahme in den Kommunen 23

Liederfibel 25

Integrationskonferenz „Werkstatt Arbeit“ am 6. Juni 2016 26

Kurzfristig umsetzbare Ergebnisse 28

Ergebnisse auf Grundlage des Integrationsgesetzes 33

Bündnis „Niedersachsen packt an“
auf dem Tag der Deutschen Einheit in Dresden 35

Integrationskonferenz „Werkstatt Wohnen und Leben“ am 29. August 2016 36

Ergebnisse 38

Niedersachsen packt an: Kultur 42

Niedersachsen packt an sagt DANKE 44

Niedersachsen packt an: Die DANKE-Woche 45

Niedersächsischer Integrationspreis 2016
– Verständigung durch Sprache 46

Niedersachsen packt an – Ausblick 47

Zahlen – Daten – Fakten – Das Bündnis in Zahlen 48

Bildnachweis 50

Niedersachsen packt an – das Bündnis für Niedersachsen

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“

Artikel 1 der Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948, UN-Menschenrechtscharta



Ministerpräsident Stephan Weil im Gespräch bei der Auftaktveranstaltung am 7. Januar 2016 mit dem Vorsitzenden des Vorstandes der VGH Versicherungen Hermann Kasten und Jörg Bode MdL

Das Bündnis – Wer wir sind ...

Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ ist ursprünglich eine gemeinsame Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der beiden christlichen Kirchen, der Unternehmerverbände Niedersachsen und der Niedersächsischen Landesregierung. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden, den großen Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen, den im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien, Unternehmen, Kammern, zahlreichen Verbänden und Einzelpersonen packen wir seit Ende 2015 an, um gemeinsam in dem Bündnis „Niedersachsen packt an“ Maßnahmen für die Integration geflüchteter Menschen zu entwickeln. Wir sind ein offenes gesellschaftliches Bündnis – eine Plattform, die nicht statisch ist, sondern wächst und täglich neue Unterstützerinnen und Unterstützer – ob privat oder institutionell – hinzugewinnt.



Die Website des Bündnisses



Repräsentanten der im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien

Was uns gemeinsam bewegt ...

Menschen in Not zu helfen, ist ein Gebot der Menschlichkeit!
Die Bündnispartner wollen die Integration derer, die geflohen sind und hier eine Perspektive für ihre Zukunft suchen, voranbringen. Die große Herausforderung der gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund und -erfahrungen kann nur im vereinten Schulterschluss von Politik und Gesellschaft, von allen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Ebenen bewältigt werden.

Wir wollen ein gutes Zusammenleben aller und keine Parallelgesellschaften – das ist der Anspruch unseres Bündnisses. Es gilt, Gesicht zu zeigen und Haltung zu bewahren, für ein nachhaltiges, tolerantes und weltoffenes Miteinander in Niedersachsen.

Was wir gemeinsam bewegen ...

In den ersten Schritten zu einer gelingenden Integration geht es dem Bündnis um besonders vordringliche Handlungsfelder. Es sind dies Sprachförderung, Arbeits-



Blick in das Plenum der zweiten Integrationskonferenz „Werkstatt Arbeit“



Sommerfest von Ehrenamtlichen im Rahmen der Flüchtlingsinitiative „Willkommen in Peine“

marktintegration, die Unterstützung der zahlreichen haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagierten Frauen und Männer, Wohnen und Leben sowie die politische und gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen in Niedersachsen. In thematischen Arbeitsgruppen wird die Arbeit des Bündnisses zu diesen Teilaspekten inhaltlich und substantiell untermauert. Denn es geht dem Bündnis darum, Wirklichkeit zu verändern und möglichst konkrete Integrationsbeiträge zu liefern.

Wie wir gemeinsam bewegen ...

- Vernetzen und Wissen austauschen – damit Kräfte gebündelt und aus den vielen Integrationsangeboten der staatlichen, kommunalen, freien und zivilgesellschaftlichen Träger eine abgestimmte Gesamtschau wird.
- Handlungsschwerpunkte und Hemmnisse identifizieren – damit wir unsere vorhandenen Ressourcen zielgerichtet und fokussiert einsetzen und Hindernisse künftig überwinden.
- Lösungswege und Ideen entwickeln – weil wir nur mit neuen Denkansätzen und unkonventionellen Lösungen die vielfältigen Aufgaben meistern werden.
- Gute Beispiele herausstellen und (mit-)teilen – damit wir im konstruktiven Zusammenspiel voneinander lernen und die guten Ideen und praktischen Lösungen, die vielerorts existieren, Schule machen.
- Regionalität erzeugen – damit Handlungsempfehlungen und Lösungsansätze in den Regionen Niedersachsens zielgenau vertieft, ausgestaltet und dort wirksam in die Tat umgesetzt werden.
- Multiplikatoren und Multiplikatorinnen gewinnen – damit wir unsere Integrationsleistungen und -erfolge auf eine breite Basis stellen, aktuelle Entwicklungen kommunizieren und in weiten Teilen den gesellschaftlichen Konsens herstellen!
- Eine Anerkennungskultur etablieren – damit all den bürgerschaftlich engagierten Helferinnen und Helfern, die sich allerorten solidarisch und mitmenschlich mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden zeigen, die oft ganz praktische Alltagshilfe leisten und für eine beeindruckende Willkommenskultur in Niedersachsen sorgen, der mehr als verdiente Dank zuteilwird!
- Geschlechterperspektive berücksichtigen. Geflüchtete Frauen haben häufig andere Unterstützungs- und Hilfebedarfe als geflüchtete Männer. Das Bündnis will deshalb dauerhaft einen Beitrag dazu leisten, dass die spezifischen Belange geflüchteter Frauen stärker berücksichtigt werden. So war es für das Bündnis selbstverständlich, möglichst frühzeitig den Landesfrauenrat und viele Expertinnen in die Arbeitsstruktur des Bündnisses einzubinden.



Niedersachsen packt an

Aufruf jetzt unterstützen:
www.niedersachsen-packt-an.de

Derzeit unterstützen rund 2 400 Privatpersonen und über 300 Institutionen (Stand: November 2016) das Bündnis „Niedersachsen packt an“.

Mitmachen!
Um Teil des Bündnisses zu werden, melden Sie sich an unter:
www.niedersachsen-packt-an.de



Mohammad in seinem neuen Zuhause

Niedersachsen packt an: Mohammads neues Leben, Niedersachsens Chance

Als sein bester Freund nach Syrien verkauft wird und als Soldat fällt, steht für Mohammad fest: Ich muss weg. Der Jugendliche lebt ohne Pass in einem iranischen Slum. Jeden Tag könnten Häscher auch ihn zwangsrekrutieren.

Gemeinsam mit Arbeitskolleginnen und -kollegen gelingt Mohammad Ende 2015 die Flucht über die türkische Grenze. Etwa einen Monat später endet seine abenteuerliche Reise in Niedersachsen.

In Emden vermittelt das Jugendamt Mohammad an eine Familie: Margret und Heino Geerken nehmen den damals

14-Jährigen auf – als Sohn und drittes Kind. Nach nur zehn Monaten spricht der junge Mann fließend Deutsch. Die Förderung in der Schule sei hervorragend gewesen, sagen die Pflegeeltern.

Mohammad wundert sich über vieles in Deutschland und lernt begierig. Er träumt vom Abitur. Lehrer will er werden. Mohammad ist einer von rund 100 000 Geflüchteten, die im Jahr 2015 nach Niedersachsen gekommen sind. Jede und jeder bringt eine eigene Geschichte mit, verbunden mit Angst und traumatischen Erfahrungen, aber auch mit Zuversicht. Die meisten von ihnen werden bleiben. Ein breites gesellschaftliches Bündnis hat sich vorgenommen, sie zu Nachbarinnen und Nachbarn und Kolleginnen und Kollegen zu machen. Es heißt „Niedersachsen packt an“.



Mehr über Mohammad und Familie Geerken unter
www.niedersachsen-packt-an.de
> Info-Service 08/2016

Niedersachsen packt an aus Sicht der Bündnispartnerinnen und Bündnispartner



Ein Jahr Niedersachsen packt an von Landesbischof Ralf Meister

Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ ist für die evangelische Kirche der Ausdruck einer verbandsübergreifenden gemeinsamen Haltung, die Menschen zusammenhält und widerständig macht gegen die Bedrohung der Humanität in unserem Land. Wir brauchen eine öffentliche Vergewisserung über diese humanitäre Haltung in unserer Gesellschaft. Deshalb engagieren wir uns im Bündnis. Wir verstehen unser Engagement als einen Ausdruck des Öffentlichkeitsauftrags, der den evangelischen Kirchen im Loccumer Vertrag gewährt wird.

Dass ein gemeinsamer Aufruf der Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN), des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), des Bistums Hildesheim und der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zu einem so gebündelten Vorgehen in der Flüchtlingsfrage zusammen mit dem Land Niedersachsen und den kommunalen Spitzenverbänden

geführt hat, ist ein einmaliger Schulter-schluss. Jeder Bündnispartner bringt seine Kompetenzen, gesellschaftspolitische Verantwortung und Netzwerke in dieses Bündnis ein.

In vielen der 49 Kirchenkreise der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers ist die Flüchtlingsarbeit zu einem Arbeitsschwerpunkt geworden. Für das Jahr 2015 hat die Landeskirche Sondermittel in Höhe von 3,93 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Schwerpunkt der Flüchtlingsarbeit in der hannoverschen Landeskirche ist die Unterstützung von Maßnahmen auf lokaler Ebene in Verantwortung der Kirchengemeinden und Kirchenkreise, der diakonischen Einrichtungen und kirchlichen Bildungsträger. Diese Maßnahmen reichen von Förderung von Sprachkursen, Sprach-Apps, Begleitung zu den Ämtern, Hilfen beim Schulbeginn der Kinder, Orientierungshilfen im Stadtteil, Cafés und Jugendtreffs zur Begegnung, Bildungsangeboten zu Fluchtursachen, Qualifizierung von Ehrenamtlichen, Ehrenamtsmanagement, seelsorgerlichen Gesprächen, Einladungen zu Gottesdiensten bis zum fortwährenden Einsprechen einer Grundhaltung, die dem Fremden nicht misstraut, sondern Menschen in Not die notwendige Hilfe gewährt. Vielfältig ist das kirchliche Engagement in den vergangenen 18 Monaten gewesen, indem es auf die direkte Begegnung mit den geflüchteten Menschen und auf Förderung ihrer Eigenständigkeit zielte.

Dieses Jahr hat sich der Gemeinschafts-sinn in Niedersachsen bewährt. Doch es

bleibt viel zu tun. Die Herausforderungen, die sich mit der Aufnahme von Geflüchteten stellen, berühren weite Teile der kirchlichen Praxis. Manche offenen Fragen beziehen sich auf konkrete Handlungsfelder unserer Arbeit: Wie geschlossen oder offen sind unsere Gottesdienste, unsere Bildungs- und Kulturangebote? Wie viel sprachliche, kulturelle und religiöse Vielfalt tragen unsere Kirchengemeinden mit? Wie tragen wir glaubwürdig das christliche Menschenbild in die öffentliche Debatte? Aufbruch, Unterwegssein und Ankommen sind wesentliche biblische Themen. Trotzdem gelten sie nicht als erstrebenswerter Zustand, sondern symbolisieren die existenzielle Bedrohung von Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Im Kontext der Flüchtlingsfrage müssen wir unsere eigene Haltung fortwährend kritisch prüfen.

Die gemeinsame Weiterentwicklung unserer interkulturellen Kompetenzen und die Vertiefung eines differenzierten Verständnisses von Toleranz sowie die transparente und faire Verständigung über realistische Grenzen unserer Möglichkeiten bleiben die herausfordernden Aufgaben für unsere Gesellschaft und für unser Bündnis.

Ralf Meister

Ein Jahr Niedersachsen packt an vom Leiter des Katholischen Büros Niedersachsen, Prälat Prof. Dr. Felix Bernard

Auf der Flucht vor Krieg, Terror und politischer Verfolgung kommen jeden Tag viele Menschen mit schrecklichen Erfahrungen im Gepäck nach Europa und nach Deutschland. Im letzten Jahr kamen allein nach Niedersachsen über hunderttausend Flüchtlinge. Damit hatte niemand gerechnet. Somit war man darauf auch nicht vorbereitet. Und dennoch gab es auf den verschiedenen Ebenen unseres politischen und gesellschaftlichen Lebens eine große spontane Hilfsbereitschaft.

Für die Bistümer, Caritasverbände, Kirchengemeinden, Ordensgemeinschaften sowie kirchlichen Gruppen und Verbände in Niedersachsen war es eine Selbstverständlichkeit, in Anbetracht der vielen Frauen, Männer und Kinder das ganze Spektrum ihrer Flüchtlingshilfe spürbar zu intensivieren. Alle niedersächsischen Bistümer haben beispielsweise einen Flüchtlingsnothilfe-Fonds geschaffen, Wohnraum und Häuser zur Verfügung gestellt und sich in ihren Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gekümmert. Mehrere tausend Ehrenamtliche aus den katholischen Kirchengemeinden engagieren sich in der Flüchtlingsarbeit, sei es, dass sie beim Erlernen der deutschen Sprache behilflich sind oder Willkommenscafés einrichten und Begegnungsfeste organisieren. Die Caritas hilft und berät



Flüchtlinge u. a. bei Behördengängen, aber auch dabei, Zugänge zum Arbeitsmarkt zu bekommen.

Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ ist von der katholischen Kirche mitbegründet worden, nicht zuletzt deshalb, weil Migration und Integration ureigene Themen der Kirche sind. Die Solidarität mit den Fremden und die Begegnung mit anderen Kulturen sind Kernbestandteile der christlichen Identität. Der biblische Auftrag, Flüchtlingen Schutz, Gastrechte und Solidarität zu gewähren, ist für die Kirche Verpflichtung und Leitbild. Folglich haben sich das Bistum Hildesheim, das Bistum Osnabrück und der Offizialatsbezirk Oldenburg sowie die jeweiligen Caritasverbände an allen Integrationskonferenzen des Bündnisses mit ihren Erfahrungen, Projekten und Ideen aktiv beteiligt und werden es auch weiterhin tun.

Mit den Integrationskonferenzen, die eine gelungene breite Vernetzung der politischen und zivilgesellschaftlichen Flüchtlingsarbeit darstellen, wurde bereits viel auf den Weg gebracht, z. B. wurden

effektive Verbesserungsvorschläge für die Sprachvermittlung erarbeitet, Unterstützungsprogramme für die berufliche Entfaltung geflüchteter Menschen entwickelt und konkrete Maßnahmen für die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum initiiert.

Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ trägt mit seinen Integrationskonferenzen entscheidend dazu bei, dass es in Niedersachsen eine solidarische Kultur der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen gibt.

Prof. Dr. Felix Bernard



Ein Jahr Niedersachsen packt an
vom Hauptgeschäftsführer der Unternehmervverbände Niedersachsen e. V. (UVN),
Dr. Volker Müller

Mit der Beteiligung am Bündnis „Niedersachsen packt an“ wollen wir eine Haltung kommunizieren. Es geht darum, dass unsere Gesellschaft auch in schwierigen Zeiten zusammenhält und für ihre Werte einsteht. Als Spitzenorganisation der Arbeitgeber werden wir damit auch unserer gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht.

Die Flüchtlingskrise stellt alle staatlichen und nicht staatlichen Strukturen auf eine Bewährungsprobe. So kamen in der zweiten Hälfte 2015 zum Teil 1 000 Flüchtlinge pro Tag in Niedersachsen an. Diese mussten registriert, untergebracht und versorgt werden. 100 000 Menschen wurden dem Land Niedersachsen im Jahr 2015 zugewiesen.

Ein Anliegen muss es sein, die Asylpolitik mit der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft in Einklang

zu bringen. Gleichzeitig bleibt das zentrale Anliegen, anerkannte Flüchtlinge so schnell und reibungslos wie möglich in Bildung und Arbeit zu integrieren. Passende Strukturen müssen aufgebaut und Angebote gemacht werden. Ängste und Probleme, die durch den hohen Zuzug in kurzer Zeit entstehen, müssen offen angesprochen und Lösungen entwickelt werden.

Die ursprünglichen Erwartungen an das Arbeitsmarktpotenzial der im vergangenen Jahr geflüchteten Menschen wurden gedämpft. Mit langen Integrationswegen ist zu rechnen. Es bestehen gute Chancen für Flüchtlingskinder, die hier das Schulsystem erfolgreich durchlaufen. Auch über die Erwachsenenbildung können Fortbildungen durchgeführt werden, die den Einstieg in eine Ausbildung oder den Arbeitsmarkt ermöglichen. Es befinden sich derzeit über 2 000 Flüchtlinge allein in Bildungsmaßnahmen unseres Bildungsträgers. Die Vermittlungsquoten in der berufspraktischen Weiterbildung liegen bei 90 Prozent. Die UVN haben zudem den Arbeitskreis „Bildungsmaßnahmen für Menschen mit Fluchthintergrund“ sowie einen Erfahrungsaustausch von Unternehmern, die Flüchtlinge einstellen wollen, initiiert. Durch unser Bildungswerk besteht ein landesweites Netzwerk aus 18 Integrationsberatern, die Flüchtlinge in ihrer beruflichen Integration begleiten. Arbeitgeber haben sich auf vielfältige

Weise engagiert, Mitarbeiter für ehrenamtliche Tätigkeiten freigestellt und auch ganz praktisch mit Spenden geholfen; so wurden z. B. 1 200 Sprachlernpatenschaften gestiftet.

Die Bereitschaft, Flüchtlinge einzustellen, wenn diese die entsprechenden Qualifikationen mitbringen, ist bei den Arbeitgebern weiterhin hoch.

Die Herausforderung heißt aktuell: ab der Asylantragstellung verpflichtende Integrationsvereinbarungen über Sprach- und Integrationskurse zu schließen sowie Vermittlung in Arbeit. Insgesamt muss unser Wertesystem nach dem Grundsatz „Fördern & Fordern“ vermittelt werden. Hürden für die Aufnahme von Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit müssen abgebaut werden.

Das Bündnis hat mit seinen Integrationskonferenzen geholfen, dass sich Akteure vernetzt haben und Erfahrungswissen ausgetauscht werden konnte. Zudem trägt der regelmäßige Austausch aller Akteure dazu bei, dass Strukturen aufeinander abgestimmt werden und neue Kooperationen entstehen. Der Kern des Bündnisses bleibt die gemeinsame Haltung zu unserer offenen, demokratischen Gesellschaft und unseren Grundwerten.

Dr. Volker Müller

Ein Jahr Niedersachsen packt an
von dem DGB Bezirksvorsitzenden Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt,
Hartmut Tölle

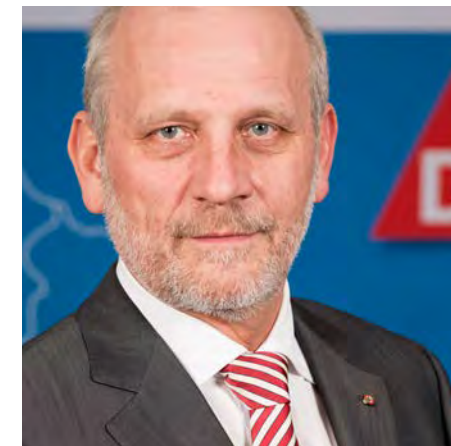
„Niedersachsen packt an“ ist ein starkes Signal der Menschen in Niedersachsen. Wir wollen ein solidarisches, tolerantes und gerechtes Miteinander in unserer Gesellschaft, die wir gemeinsam gestalten. Entscheidend ist, dass wir gemeinsam für die Grundwerte unserer Demokratie einstehen und diese weiterentwickeln. Und in Niedersachsen passiert viel: Die Menschen beweisen Haltung, engagieren sich und leisten Herausragendes. Dies ist auch eine klare Absage an jegliche Form von Ausgrenzung, Hetze und Gewalt. Die Gewerkschaften organisieren seit vielen Jahren Aktionen gegen alle Formen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Niedersachsen. Wir zeigen vor Ort Flagge für Solidarität und Toleranz und verstehen uns als Motor in zahlreichen lokalen und überregionalen Bündnissen. „Niedersachsen packt an“ ist eine weitere Möglichkeit, dieser Haltung Ausdruck zu verleihen. Auch deshalb ist die breite Beteiligung an dem Bündnis so wichtig.

„Niedersachsen packt an“ hat eine enorme Signalwirkung, geht aber als Aktionsbündnis in seiner Bedeutung noch darüber hinaus. Letztlich diskutieren wir im Rahmen von „Niedersachsen packt an“, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Schon vor Gründung des Bündnisses war klar, dass die unmittelbare Versorgung und Unterbringung der geflüchteten Menschen durch eine langfristige Strategie erweitert werden muss. Denn viele Probleme in diesem Land gibt es schon seit Jahren. So sind Bedarfe nach bezahlbarem Wohnraum nicht erst mit der aktuellen Situation entstanden. Zu viele Menschen haben keine qualifizierte Ausbildung, Tausende in unserem Land

brauchen Arbeit. Stellen in der öffentlichen Daseinsvorsorge wurden abgebaut, das zeigt sich jetzt vor allem im Bildungswesen und bei der Polizei. Die Zunahme von prekärer Beschäftigung, der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen und die Tariffucht vieler Betriebe lösen bei vielen Menschen Zukunftsängste aus. Dem müssen wir durch Tarifbindung und gesetzliche Rahmenbedingungen entgegenwirken. Im Kern geht es darum, faire Lebensbedingungen für alle Menschen in Niedersachsen zu gewährleisten. Klar ist, dass gute Arbeit dabei eine zentrale Rolle spielt.

Für die Arbeitsmarktintegration auch geflüchteter Menschen muss deshalb oberstes Ziel sein, die Ordnung am Arbeitsmarkt auf Basis von Tarifverträgen zu erhalten und zu stärken. Entsprechend dürfen geflüchtete Menschen nicht von tariflichen Regelungen und gesetzlichen Mindeststandards am Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden. Darüber hinaus müssen wir wissen, welche Bedarfe und Potenziale die Menschen mit Fluchthintergrund mitbringen, um sich in unsere Gesellschaft einzubringen. Ein Schlüssel bei der Arbeitsmarktintegration ist die Sprachkompetenz, deshalb brauchen wir ein passgenaues und abgestimmtes Angebot an Sprach- und Integrationskursen.

„Niedersachsen packt an“ hat im zurückliegenden Jahr eine Plattform geboten, um diese Herausforderungen



praxis- und lösungsorientiert anzugehen. Auf den Integrations- und Regionalkonferenzen zu den Themen Sprache, Arbeit, Wohnen und Leben wurden Beispiele guter Praxis vorgestellt, Ideen entwickelt aber auch bestehende Baustellen benannt. Wichtig ist dabei, dass bei „Niedersachsen packt an“ die Praktikerinnen und Praktiker im Mittelpunkt stehen. Deshalb ist es ein richtiges und wichtiges Anliegen innerhalb der Danke-Woche, sich bei den vielen ehrenamtlich engagierten Menschen in Niedersachsen für ihre Arbeit zu bedanken. Entscheidend wird sein, dass wir die gemeinsame Arbeit nun mit gleichbleibendem Einsatz fortführen. Deshalb rufen die Gewerkschaften alle auf, sich an dem Aktionsbündnis zu beteiligen.

Hartmut Tölle



Ein Jahr Niedersachsen packt an

vom Präsidenten des Niedersächsischen Landkreistages (NLT), Landrat Klaus Wiswe

Die niedersächsischen Landkreise und die Region Hannover haben spätestens mit dem Beginn der Amtshilfe bei der Flüchtlingsunterbringung im Oktober 2015 im wahrsten Sinne des Wortes „angepackt“ – daher war die Beteiligung am gesamtgesellschaftlichen Bündnis „Niedersachsen packt an“ für den Niedersächsischen Landkreistag (NLT), den kommunalen Spitzenverband der Niedersächsischen Landkreise und der Region Hannover, keine Frage, sondern eine Selbstverständlichkeit. Fragen der Integration und des guten Miteinanders aller Menschen in Niedersachsen beschäftigen die Mitglieder des NLT in ihren vielfältigen Aufgaben jeden Tag. Dementsprechend hat der NLT im Rahmen der Papenburger Grundsatz-Erklärung des Verbandes vom 3./4.2.2016 mit dem Titel „Integration von Flüchtlingen in Niedersachsen – Bildung und Beruf sind der Schlüssel“ die Unterstützung

des Bündnisses beschlossen, weil es bei der Integration entscheidend auf die Zivilgesellschaft insgesamt ankommt. Die niedersächsischen Landkreise haben alle gesellschaftlichen Gruppen aufgefordert, sich in die anstehenden Integrationsherausforderungen vor Ort nach Kräften einzubringen.

Die gegenwärtigen Herausforderungen sind für die kommunale Ebene in Niedersachsen vielfältig, weil die Landkreise, Städte und Gemeinden nicht nur bei der Krisenbewältigung, sondern auch bei dem Gelingen von Integration die entscheidende Ebene darstellen: Die Menschen kommen an vor Ort, sie werden vor Ort mit vielfältigem ehrenamtlichen und freiwilligen Engagement unterstützt, Wege in die Zivilgesellschaft, in Sprache, Kita, Beruf und gemeinsame Freizeitgestaltung wie den Sport werden vor Ort geebnet. Angesichts dieser Herausforderungen und der Notwendigkeit eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses, die Menschenwürde gerade auch bei großen Herausforderungen zu achten, hat der NLT die Integrationskonferenzen des Bündnisses und alle anderen weiteren Initiativen insbesondere durch eine vielfältige Beteiligung von Kolleginnen und Kollegen aus der kommunalen Praxis intensiv unterstützt. Es sind insbesondere im Hinblick auf die Bündelung einer gesamtgesellschaftlichen Grundüberzeugung hervorragende Ergebnisse erzielt worden. Herausforderung bleibt, das Bündnis mit sehr unterschiedlichen Partnerinnen und Partnern als gesamtgesellschaftliche Klammer zu bewahren, Ängste ernst zu nehmen, sich nicht nur im Abstrakt-Allgemeinen zu verlieren, aber auch im Blick zu

behalten, dass die Grenzen des Bündnisses dann erreicht sind, wenn wegen naturgemäß unterschiedlicher Funktionen in einer pluralen Gesellschaft bei Einzelheiten der Tagespolitik kein Konsens zu erzielen ist. Am meisten zu bedauern ist, dass selbst in Niedersachsen konsensuale Forderungen des Bündnisses dann an ihre Grenzen gestoßen sind, wenn Strukturentscheidungen des Bundes – beispielsweise hinsichtlich der Integrations- und Sprachkurszuständigkeiten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge – berührt sind. Auch die Art und Weise der Durchführung und die Dauer der Asylverfahren durch das Bundesamt führen aktuell vor Ort zu vielen Sorgen bei Antragstellern, den die Flüchtlinge begleitenden Menschen und den Kommunalverwaltungen. Hauptmehrwert des Bündnisses für den NLT ist ein klarer gesamtgesellschaftlicher Konsens hin zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen in der Integration, ganz im Sinne des Gründungsausrufes: „Wir stellen uns denen entschlossen entgegen, die die Menschenwürde missachten. Wir lassen es nicht zu, dass sie gegen Flüchtlinge und Andersdenkende hetzen (...) Wir verteidigen unsere offene, freiheitliche, demokratische und Solidargesellschaft mit aller Kraft.“ Dazu stehen die niedersächsischen Landkreise und die Region Hannover uneingeschränkt.

Klaus Wiswe

Ein Jahr Niedersachsen packt an

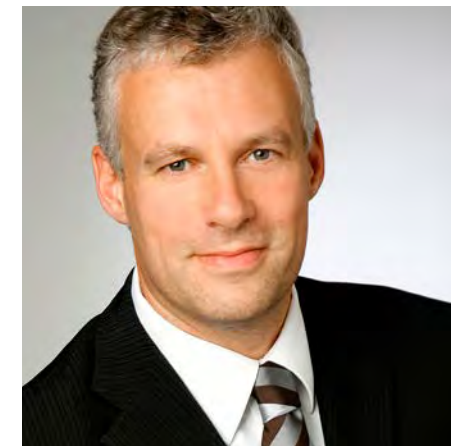
von dem Präsidenten des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB), Dr. Marco Trips

Es war gut, dass zum Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise im letzten Jahr die beiden großen christlichen Kirchen, der DGB, die Unternehmerverbände und die Niedersächsische Landesregierung die Initiative „Niedersachsen packt an!“ gestartet haben. In diesem Bündnis wird eine Haltung deutlich, der sich der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund gerne angeschlossen hat: anpacken und den Menschen, die zu uns gekommen sind, Chancen auf eine gelungene Integration eröffnen. Dies ist das, was die Menschen in den Gemeinden ohnehin von Anfang an getan haben und auch jetzt noch in unzähligen Helferkreisen weiter tun. Hauptamt und vor allem Ehrenamt haben für Unterbringung gesorgt, als dies zentral nicht mehr möglich war. Ehrenamtliche Lehrer geben Sprachkurse, wo die Kurse des Bundesamtes nicht greifen. Freiwillige gründen Arbeitsgelegenheiten, weil der Bund nicht in die Spur kommt. „Anpacken“ ist eine der ureigenen Kompetenzen der gemeindlichen Ebene. Sie wird getragen von der Überzeugung der vielen Helfer, dass den zu uns gekommenen Menschen die Teilhabe an unserer Gesellschaft ermöglicht werden muss.

Diese grundsätzliche Einstellung steht auch nicht im Widerspruch zu der Auffassung des NSGB, dass es eine unbegrenzte Zuwanderung nach Deutschland auch über das Asylrecht nicht geben kann. Trotz der vielen ehrenamtlichen Helfer war die staatliche Organisation mit der großen Zu-

wanderung überfordert. Insofern bleibt es eine dringende Aufgabe des Bundestages, die Zuwanderungsvoraussetzungen und deren Vollzug insgesamt neu zu diskutieren und sich nicht auf der Schließung der Balkanroute durch andere auszuruhen.

Die Integrationskonferenzen des Bündnisses haben für die vielen haupt- und ehrenamtlichen Helfer wertvolle Netzwerk-Arbeit geleistet und gute Arbeitshilfen hervorgebracht. In den gemeinsamen Gesprächen werden aber auch noch viele Schwachstellen deutlich, wobei leider festzustellen ist, dass das Bündnis auf Grenzen trifft. Wenn auch vor Ort alle der Meinung sind, dass Integration nur über Sprache und Arbeit laufen kann, so lassen sich auch mit dem Bündnis manche Dinge nicht verändern, vor allem wenn der Bund sie organisiert. So hätte das Bündnis gerne eine kommunale Steuerung aller Sprachkurse gesehen. Dies ist jedoch wider besseres Wissen beim Bund nicht durchzusetzen. Auch klagen viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Niedersachsen darüber, dass zwar oft Arbeitsangebote



ortsansässiger Firmen da sind, es aber zu schwierig bis unmöglich ist, Flüchtlinge hierzu zuzulassen. So vergeben wir einiges an Chancen.

Gut ist, dass das Land Niedersachsen im Geiste des Bündnisses mit den Integrationsmitteln des Bundes zusätzliche Sprachkurse schafft und die Gemeinden im Bereich der Kindertagesstätten unterstützt, um so die junge Generation von Geflüchteten in unsere Gesellschaft einzubinden.

Für die Zukunft bleibt die Hoffnung, dass es dem Bündnis gelingen wird, den Finger immer wieder in die entsprechenden Wunden zu legen und alle Beteiligten tatkräftig zu unterstützen.

Dr. Marco Trips



Ein Jahr Niedersachsen packt an vom Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages (NST), Heiger Scholz

Die Zahl der Flüchtlinge, die seit dem Herbst 2015 nach Niedersachsen gekommen sind, stellte und stellt eine große Herausforderung dar. Herausgefordert sind gleichermaßen die staatlichen Ebenen, die Kommunen sowie die gesamte Gesellschaft. Besonders die Kommunen sahen sich kurzfristig einer Verantwortung zur Unterbringung von Menschen in großer Zahl gegenüber. Es galt, in kürzester Zeit Obdachlosigkeit von vielen Tausend Menschen zu verhindern. Schon in dieser Phase haben vor Ort alle zusammen angepackt: Verwaltung, Hilfsorganisationen und eine überwältigend große Zahl von nicht organisierten, überaus engagierten Ehrenamtlichen.

Der Zuzug von Flüchtlingen hat sich seit einigen Monaten deutlich verringert. Noch weiß niemand, ob dies eine vorübergehende Phase oder eine dauerhafte Ent-

wicklung ist. Für die Kommunen bedeutet dies einerseits, dass sie auch weiterhin Vorsorge für den Fall treffen müssen, dass wieder mehr Menschen kommen.

Andererseits bietet sich die Chance, sich jetzt intensiver um diejenigen zu kümmern, die schon hier sind. Denn aller Erfahrung nach werden auch die, die keine dauerhafte Bleibeperspektive haben, für längere Zeit in Deutschland bleiben. Daher müssen alle Menschen, die bei uns sind, Gelegenheit bekommen, die deutsche Sprache zu lernen und sich perspektivisch für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

Die ersten Erfahrungen zeigen, dass hierfür viele Anstrengungen erforderlich sind. Dies gilt sowohl für die staatlichen und kommunalen Institutionen, die zunächst einmal klären müssen, welche Fähigkeiten und Bedürfnisse die Menschen mitbringen. Im nächsten Schritt gilt es dann, den Menschen genau das anzubieten, was sie gerade brauchen: Integrationskurse, Sprachkurse, Plätze in Kindertagesstätten, Schulbesuch, Qualifizierung, Praktikum oder aber die Vermittlung auf einen Arbeitsplatz. Es gilt aber genauso für die vielen Ehrenamtlichen im Lande, die sich engagiert um die Menschen kümmern und ihnen bei der Findung ihres Weges in unsere Gesellschaft behilflich sind.

Hier müssen viele Beteiligte zusammenarbeiten, um ihre Kompetenzen, Möglichkeiten und Erfahrungen im Sinne der geflüchteten Menschen bestmöglich zusammenzubringen. Vielerorts geschieht dies schon lange in Form von runden Ti-

schen oder ähnlichen Zusammenkünften. Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ hat hierzu eine übergreifende Plattform geschaffen, die auch die landesweiten Akteurinnen und Akteure zusammenbringt.

Dabei verfolgen die Bündnispartnerinnen und -partner das Ziel, die Arbeit vor Ort zu unterstützen und wertzuschätzen. Indem alle Aktivitäten der niedersächsischen Landesregierung in dem Bündnis gebündelt werden, können Maßnahmen koordiniert und Erfordernisse schnell an die richtige Stelle kommuniziert werden. Bei der Vielzahl der Herausforderungen und der Vielzahl der Beteiligten ist der Prozess der Bündelung naturgemäß nicht einfach. Nach und nach bilden sich aber arbeitsfähige Strukturen heraus, die immer wieder auf mögliche Verbesserungen hin überprüft werden.

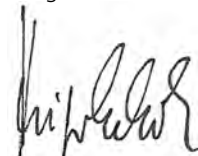
Mit den bisher drei Integrationskonferenzen hat das Bündnis aktuelle Schwerpunktthemen der Integration von geflüchteten Menschen aufgegriffen. Sprache, Arbeit und Wohnen sind auch für die niedersächsischen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden zentrale Fragestellungen

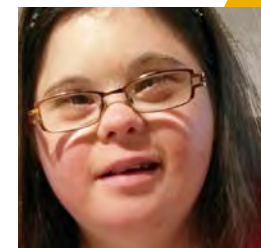


Ein Blick auf den Markt der Möglichkeiten bei einer Integrationskonferenz

bei der Integration der geflüchteten Menschen vor Ort. Unter großer Beteiligung der Verantwortlichen vor Ort wurden in den Konferenzen zahlreiche gute Beispiele vorgestellt, die zur Nachahmung angeregt haben. Gleichzeitig wurde aber deutlich, dass die Gegebenheiten vor Ort oft sehr unterschiedlich sind. Kommunen müssen daher möglichst viel Spielraum bekommen, um die anstehenden Herausforderungen ihrer jeweiligen örtlichen Situation angemessen bewältigen zu können. Es hat sich gezeigt, dass die Vorgabe von Strukturen „von oben“ weder erforderlich noch sinnvoll ist.

Mit der DANKE-Aktionswoche zeigt das Bündnis zudem, welche überragende Bedeutung es dem ehrenamtlichen Engagement für Flüchtlinge in unserer Gesellschaft beimisst. Dieses freiwillige Engagement kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

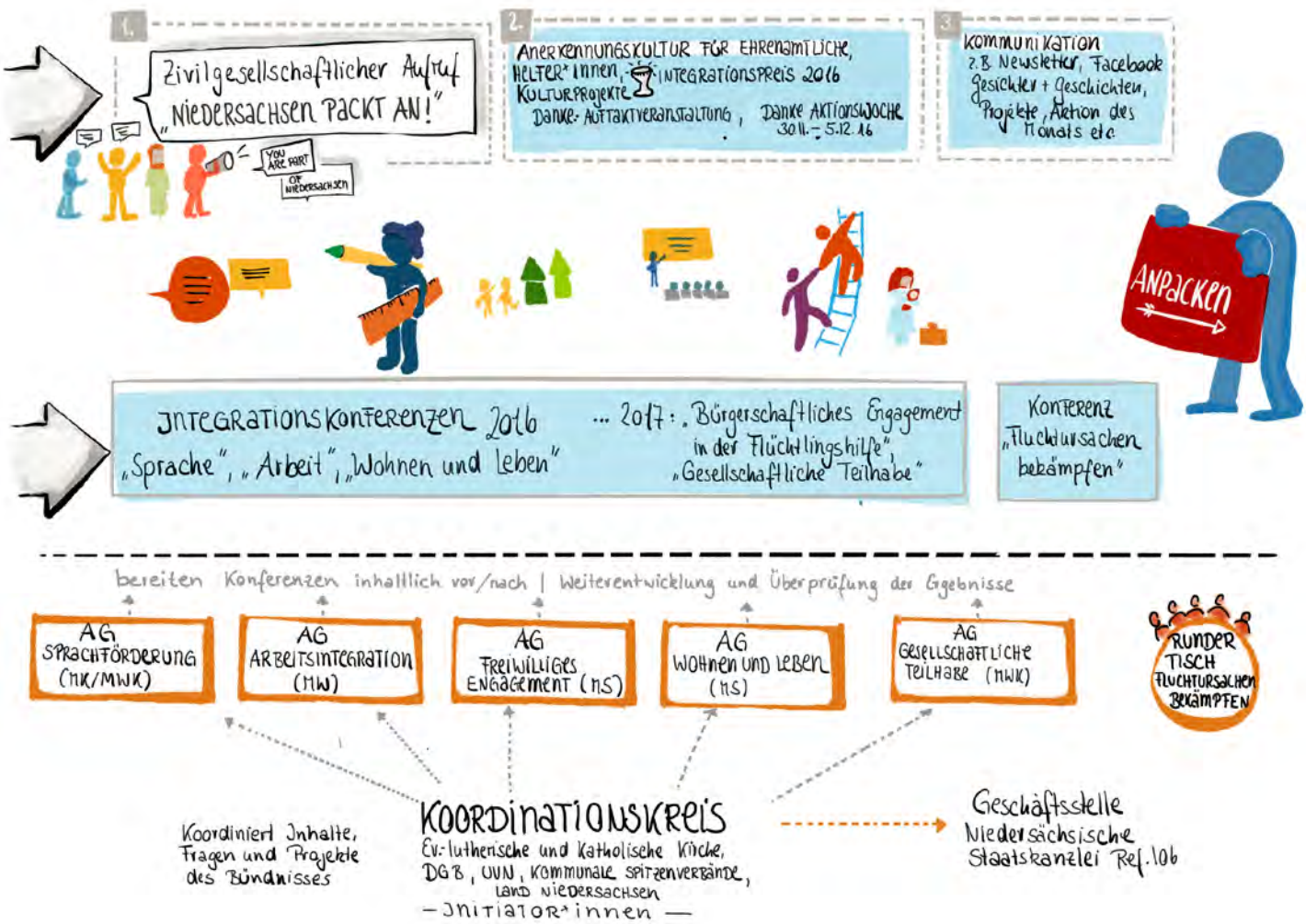

Heiger Scholz



„Ein Zuhause ist wichtig. Und die Flüchtlinge sollen keine Angst mehr vor Krieg haben!“

Nadine Liebetrueth,
Künstlerin

Niedersachsen packt an – Die Arbeitsgruppen als inhaltliches Rückgrat des Bündnisses



Das Bündnis wird durch die Geschäftsstelle in der Niedersächsischen Staatskanzlei unterstützt. Sie koordiniert organisatorische und inhaltliche Fragen der Bündnisarbeit.
Kontakt: per Email: buendnis@niedersachsen.de, per Telefon: 0511 120-6909

Das Bündnis im Schaubild

Das Bündnis will Wirklichkeit verändern und möglichst konkrete Integrationsbeiträge liefern. Es hat sich deshalb zu den zentralen Handlungsfeldern Arbeitsgruppen geschaffen, die das inhaltliche Rückgrat des Bündnisses bilden, starke Impulsgeber sind und auch die Ergebnisse der Bündnisarbeit nachhalten. Sie haben eine wesentliche Bedeutung bei der inhaltlichen Vor- und Nachbereitung der als

Arbeitskonferenzen konzipierten Integrationskonferenzen des Bündnisses. Sie helfen mit, Handlungsschwerpunkte, Hemmnisse, Lösungsvorschläge und gute Beispiele zu identifizieren.
Unter dem Dach des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ haben sich fünf thematische Arbeitsgruppen und ein runder Tisch konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen:

- AG „Sprachförderung“
- AG „Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen“
- AG „Wohnen und Leben“
- AG „Bürgerschaftliches Engagement“
- AG „Gesellschaftliche Teilhabe“
- Runder Tisch „Fluchtursachen“

Die Integrationskonferenzen: Erste Ergebnisse und Maßnahmen der Landesregierung

Durch die landesweiten Integrationskonferenzen und die zahlreichen regionalen Konferenzen werden die Bündnisziele – nach gesellschaftspolitischen Schwerpunktthemen differenziert – bearbeitet. Für die anstehende Integrationsaufgabe werden so nachhaltige Lösungsansätze und -strategien gemeinsam entwickelt. Mit den Integrationskonferenzen wurde ein Forum geschaffen, in dem sich die Akteurinnen und Akteure vernetzen, Handlungsschwerpunkte und Hemmnisse

identifizieren, Lösungswege gemeinsam entwickeln und gute Beispiele für alle herausstellen.
Mit den regionalen Integrationskonferenzen des Bündnisses zu den Handlungsfeldern „Sprachförderung“, „Arbeitsmarktintegration“, sowie „Wohnen und Leben“ wurde im Flächenland Niedersachsen ein wichtiges Ziel erreicht: Durch die Einbindung der lokalen Strukturen vor Ort und Berücksichtigung der regionalen Unterschiede wurden erste Lösungswege für die Kommunen sowie die Akteurinnen und Akteure vor Ort identifiziert. Die Konferenzen werden in der Verantwortung der Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung und der Ämter für regionale Landesentwicklung (ArL) Braunschweig, Leine-Weser, Lüneburg und Weser-Ems organisiert.
Im Rahmen dieser bisherigen Arbeitskonferenzen wurden die vordringlichen Handlungsfelder bearbeitet und so wirksame Beiträge für eine gelingende Integration der geflüchteten Menschen in unsere Gesellschaft erarbeitet. Hier finden Sie eine Übersicht der ersten Ergebnisse.





Integrationskonferenz „Werkstatt Sprache“ am 16. März 2016

Sprache ist der Schlüssel für unser Zusammenleben. Das Erlernen der deutschen Sprache ist für die Geflüchteten der erste große Schritt auf dem Weg zur Integration in unsere Gesellschaft. Von dieser grundlegenden Überzeugung getragen, haben sich die Bündnispartnerinnen und -partner auf den Weg gemacht, die vielen Ideen und Angebote zum Spracherwerb besser aufeinander abzustimmen.

Die erste Integrationskonferenz im Rahmen des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ am 16. März 2016 fand daher zum Thema „Werkstatt Sprache“ statt.

Ziel der Veranstaltung war es, die vielen bereits vorhandenen Sprachlernmöglichkeiten aufeinander abzustimmen, die Akteurinnen und Akteure miteinander ins Gespräch zu bringen, regional vorhandene gute Beispiele herauszufinden, Hemmnisse und Hürden bei der Umsetzung zu identifizieren und Vorschläge zu entwickeln, wie Spracherwerb für geflüchtete Menschen einfacher und wirksamer

gemacht werden kann. Zu dem Erfolg der Veranstaltung haben alle Bündnispartnerinnen und -partner, Unterstützerinnen und Unterstützer sowie die mehr als 500 Tagungsteilnehmenden beigetragen.

Die landesweite Integrationskonferenz „Werkstatt Sprache“ fand ihre Fortsetzung in vier regionalen Integrationskonferenzen der Ämter für regionale Landesentwicklung.

Regionale Integrationskonferenz „Sprache“ des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems Oldenburg, Alter Landtag

🕒 2. Juni 2016 🧑🧑 rd. 100 Teilnehmende

- Podiumsdiskussion, Dialogforum
- Bürgerschaftliches Engagement – Schnittstelle Haupt- & Ehrenamt
- Kommunale Bildungslandschaft und Integration in Arbeitsmarkt & Gesellschaft
- Förderpfade und praktischer Anspruch, Bildungs-/Sprachförderketten gestalten

Regionale Integrationskonferenz „Sprache“ Lüneburg „Die Bedeutung der Sprache im Rahmen der Integration“ Ev. Bildungszentrum Hermannsburg

🕒 19. Mai 2016 🧑🧑 rd. 50 Teilnehmende

- Fachgespräch, Dialogforum
- Öffentliche Bibliotheken & Büchereien als „Motor“ in der Sprachförderung von Geflüchteten
- Rolle der Volkshochschulen
- Ehrenamt bei der Sprachvermittlung
- Sprachförderung aus kommunaler Sicht
- Mobilität in der Fläche



Regionale Integrationskonferenz „Sprache“ des Amtes für regionale Landesentwicklung Leine-Weser Hildesheim, Halle 39

🕒 3. Mai 2016 🧑🧑 rd. 80 Teilnehmende

- 3 Arbeitsgruppen/Foren
- Informationsportale zur Sprachförderung (Überblick & Koordination)
- SPRINT-Klassen, trägerübergreifende Konzepte/Verzahnung von Förderketten
- Digital Deutsch lernen – Projekt NLQ

Regionale Integrationskonferenz „Sprache“ Braunschweig „Werkstatt Sprache – Koordinierung des außerschulischen Spracherwerbs“ Braunschweig, Allianz für die Region

🕒 25. Mai 2016 🧑🧑 rd. 80 Teilnehmende

- Vorträge mit Plenumsdiskussion
- Bildungsketten; Anschlussfähigkeit & Koordination für nachhaltige Integration
- Möglichkeiten aus kommunaler Sicht
- Freiwilligentätigkeit & Ehrenamt
- Mobilität in der Fläche

Ergebnisse

Integration beginnt mit der Erstaufnahme. Als ein wesentlicher Bestandteil der integrationsvorbereitenden Maßnahmen haben sich Angebote zur sprachlichen und kulturellen Erstorientierung an den Standorten der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) bewährt:

I. Wegweiserkurse

In den Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) werden Wegweiserkurse angeboten, die in den vergangenen Monaten aktualisiert wurden und aus den zwei Modulen „Erstorientierung Leben in Deutschland“ und „Erstorientierung Deutsche Sprache“ bestehen. Die Teilnahme an dem 5-tägigen Kursangebot steht allen Bewohnerinnen und Bewohnern der Standorte – unabhängig von ihrer Bleibeperspektive – während ihres Aufenthalts in der Aufnahmeeinrichtung offen. Die Kurse werden grundsätzlich in den Erstaufnahmeeinrichtungen Braunschweig, Osnabrück, Oldenburg, Bramsche und Friedland angeboten. Damit haben alle Bewohnerinnen und Bewohner der LAB NI bereits vor ihrer Verteilung auf die Kommunen die Möglichkeit, sich sprachlich und kulturell zu orientieren.

II. Interkulturelle Lernwerkstatt

Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter werden nach dem Konzept der „Interkulturellen Lernwerkstatt“ beschult. Dieses Konzept wurde bereits mit Erfolg am EAE-Standort Grenzdurchgangslager Friedland durchgeführt und nunmehr schrittweise auch auf andere EAE-Standorte ausgedehnt. Dieses Konzept ist auf einen ersten Spracherwerb von Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter ausgelegt und soll diese auf einen späteren Besuch in der Regelschule vorbereiten. Beschulungsangebote gibt es darüber hinaus bereits in Bramsche, Braunschweig und Oldenburg (hier im Aufbau).

III. Kinderbetreuung

Weitere Beispiele der vorbereitenden Integrationsmaßnahmen in der Erstaufnahme sind die Angebote zur Kinderbetreuung, in der Kinder spielerisch erste Erfahrungen mit der deutschen Sprache machen können.



Kinderzeichnungen aus dem Integrationszentrum Goslar

IV. Projekt „WLAN in den Erstaufnahmeeinrichtungen“

Das Projekt zur Einrichtung von WLAN für Flüchtlinge in den EAE ist auf einem guten Weg. In der EAE Osnabrück ist inzwischen das erste WLAN für Flüchtlinge in Betrieb gegangen. Bis Jahresende werden voraussichtlich auch die EAE in Braunschweig, Bad Fallingbostal (West) und Oldenburg über ein entsprechendes Angebot verfügen. Ein Anschluss der EAE Friedland und Bramsche ist für 2017 geplant.



Musik, Sprache, Teilhabe in Aktion

Spracherwerb und Integration nach Aufnahme in den Kommunen

I. Schulpflichtige Kinder und Jugendliche

Die Sprachförderung an den niedersächsischen Schulen ist breit aufgestellt und orientiert sich an den individuellen Bedarfen der Kinder und Jugendlichen. Derzeit werden seitens des Niedersächsischen Kultusministeriums Maßnahmen durchgeführt, die einen noch flexibleren und zugleich passgenauen Einsatz der einzelnen Formate seitens der Schule ermöglichen.

Mittlerweile werden die ursprünglich für die Erstaufnahmeeinrichtungen vorgesehenen Video-Konferenzsysteme im Bereich der Sprachförderung für neu zugewanderte Kinder und Jugendliche an verschiedenen Pilotschulen genutzt. Sie stellen ein zusätzliches Förderangebot dar, über das in themenbezogenen Einheiten erste Fachinhalte unter Berücksichtigung

der individuellen sprachlichen Kompetenzen vermittelt werden. So wird der schrittweise Übergang in den Regelunterricht unterstützt.

Mit dem im April 2016 initiierten Projekt „Digital Deutsch lernen“ wird ein weiterer wichtiger Beitrag zur Unterstützung des Spracherwerbs geleistet. Die Potenziale digitaler Medien werden dabei gezielt zur Förderung sprachlicher Kompetenzen eingesetzt. Derzeit werden in den Landkreisen Osnabrück, Wesermarsch, Osterholz, Harburg, Schaumburg, Braunschweig, Göttingen, Cuxhaven, Rotenburg, Gifhorn, Salzgitter, Uelzen, Ammerland, Goslar und Diepholz 600 Tablets von den Schülerinnen und Schülern erfolgreich in Sprachlerngruppen genutzt.

II. Bessere Sprachförderung für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche bis 21 Jahre

Das Projekt SPRINT (Sprach- und Integrationsprojekt für jugendliche Flüchtlinge zur Vorbereitung auf eine betriebliche Ausbildung) konnte weiter ausgebaut werden und wird mittlerweile von 94 berufsbildenden Schulen flächendeckend angeboten. Bislang wurden 190 Klassen eingerichtet, in denen ca. 2 800 junge Flüchtlinge qualifiziert werden.

Neu wurde das Projekt SPRINT-Dual erarbeitet, eine 6- bis 9-monatige Maßnahme für jugendliche Flüchtlinge zur Vorbereitung auf eine betriebliche Ausbildung. Die Beschulung erfolgt wöchentlich. Der Umfang setzt sich aus 1,5 Berufsschultagen mit 12 Unterrichtsstunden und 3,5 Tagen Qualifizierung im Betrieb zusammen. Die Maßnahme schließt an das SPRINT-Modell an mit dem Ziel, die Jugendlichen danach direkt in die Ausbildung zu integrieren (siehe auch Integrationskonferenz „Werkstatt Arbeit“).



Stadtbibliothek Wolfsburg: Aktion Bücherregal „Deutsch als Fremdsprache“

III. Erweiterte Basissprachkurse zur Sprachvermittlung

Kernelement der Förderung durch das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur sind die seit April 2016 durch ein „Bildungsclearing“ und Zertifizierung des Sprachniveaus erweiterten Basissprachkurse zur Vermittlung von Grundkenntnissen der deutschen Sprache. Ab 2017 werden diese Kurse 300 Unterrichtsstunden umfassen und um Maßnahmen der individuellen Kompetenzfeststellung ergänzt werden. Höher qualifizierte Flüchtlinge können an einem Intensivsprachkurs teilnehmen, der ihnen den Erwerb eines höheren Sprachniveaus ermöglicht und den Weg in ein Studium oder eine qualifizierte Ausbildung ebnen kann.

IV. Stärkere finanzielle Unterstützung für „Deutsch als Fremdsprache“

Um gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung des Lehrpersonals sicherzustellen, werden die Sprach-

kurse des Landes seit September 2016 finanziell besser ausgestattet. Gemeinsam mit dem Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens e. V. wird das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur 750 zusätzliche Lehrkräfte für „Deutsch als Fremdsprache“ ausbilden. Damit wird die Forderung aufgegriffen, die Erwachsenenbildung bei der Neugewinnung und beim Halten von geeigneten Dozentinnen und Dozenten zu unterstützen.

V. Fortbildungsoffensive für ehrenamtliche Sprachbegleitung

Die Fortbildungsoffensive für ehrenamtliche Sprachbegleiterinnen und Sprachbegleiter zeigt inzwischen ihre Wirkung: Nach der Schulung von ehrenamtlichen Lehrkräften sind seit Sommer 2016 Empfehlungen und Materialien für alle an freiwilligen Tätigkeiten in der Sprachvermittlung Interessierte kostenfrei im Internet zugänglich. Zahlreiche Helferinnen und Helfer profitieren bei ihrer täglichen Arbeit von dieser Initiative.

VI. Bessere Koordinierung der Sprachförder- und Berufsintegrationsangebote auf regionaler Ebene

Gemeinsam mit anderen Ressorts der Niedersächsischen Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der Bundesagentur für Arbeit und der Erwachsenenbildung erörtert das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur derzeit Empfehlungen für die Koordinierung der verschiedenen Sprachförder- und Berufsintegrationsangebote auf regionaler Ebene. So wird sichergestellt, dass schon während des Spracherwerbs der nächste entscheidende Schritt in Richtung Ausbildung oder Beruf vorbereitet werden kann.



Arbeit in den Foren der Integrationskonferenzen



Liederfibel

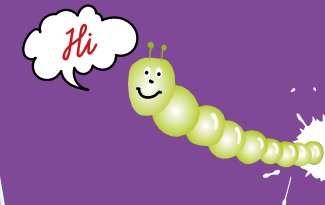
Viele haben sich in dem Bündnis „Niedersachsen packt an“ zu einer großen Initiative verbunden. Zusammen arbeiten wir daran, geflüchteten Menschen Schutz zu geben und bei einem guten Start in Niedersachsen zu helfen.

Mit der Liederfibel will das Bündnis Kinder unterstützen, die neu hierhergekommen sind. Schon die Kleinsten können mit Musik und Gesang unsere Sprache lernen. Damit wollen wir Kindern und ihren

Die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe Doris Schröder-Köpf und Ministerpräsident Stephan Weil präsentieren die „Liederfibel“

Familien beim Einleben helfen. Gemeinsames Singen verbindet! Die Liederfibel wird an Schulen und Kindergärten verteilt und findet großen Zuspruch bei den Integrationskonferenzen.

Die Liederfibel beinhaltet Porträts von Kindern aus verschiedenen Ländern. Jedes dieser Kinder berichtet von seinem Heimatland. Daneben stehen ein Kinderlied aus dem jeweiligen Land sowie ein Ausmalbild mit landestypischen Tieren, flankiert von Informationen über Niedersachsen.





Integrationskonferenz „Werkstatt Arbeit“ am 6. Juni 2016

Am 6. Juni 2016 hatte das Bündnis „Niedersachsen packt an“ zur zweiten Integrationskonferenz „Werkstatt Arbeit“ in Hannover eingeladen. Über 600 Teil-

nehmerinnen und Teilnehmer waren der Einladung gefolgt. In fünf Werkstattforen wurden mit Impulsgebenden und Gästen konkrete Fragestellungen diskutiert, Hemmnisse und Hürden bei der Integration in Ausbildung und Arbeit identifiziert und Lösungsvorschläge erarbeitet.

Regionale Integrationskonferenz „Arbeit“ des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems Oldenburg, EWE Forum „Alte Fleiwa“

🕒 9. September 2016 👤 rd. 160 Teilnehmende

Vortragsveranstaltung, Dialogforum

- Strategien zur Integration in den Arbeits- & Ausbildungsmarkt
- Erfahrungsberichte von Migrantinnen und Migranten über ihren erfolgreichen Integrationsprozess
- Anforderungen an die Wirtschaft
- Wandel der Betriebskultur
- Was können Kommunen leisten?

Regionale Integrationskonferenz Arbeit Lüneburg „Regionale Handlungsstrategie und Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt“ Technologiezentrum Lüneburg

🕒 31. August 2016 👤 rd. 150 Teilnehmende

Impulsvorträge mit Plenumsdiskussion

- Integration als Chance für den ländlichen Raum, Fachkräftesicherung
- Beiträge der Kammern und regionalen Wirtschaft, Ausbildung in KMU
- Integration & Arbeitsförderung in den Kommunen
- Strukturen zwischen Haupt- & Ehrenamt
- Kompetenzfeststellung, Wege in die Arbeitswelt, Programme für Höherqualifizierte



Regionale Integrationskonferenz Arbeit „Integration und Arbeit“ i. R. der Bündnisversammlung des Fachkräftebündnisses Leine-Weser“ Weserberglandzentrum Hameln

🕒 16. September 2016 👤 rd. 85 Teilnehmende

Wandelgang-Diskussion, 3 Workshops

- Übergang Schule & Beruf, Kompetenzen erfassen – Was ist der richtige Job für mich?
- Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt – Wie können sich Unternehmen aktiv einbringen?
- Koordinierung von Angebot & Nachfrage – Wie gelangen Flüchtlinge an Information/Arbeit

Regionale Integrationskonferenz Arbeit Braunschweig „Werkstatt Arbeit – Wege in die Beschäftigung“ Peine, Peiner Forum

🕒 2. September 2016 👤 rd. 140 Teilnehmende

Impulsvorträge, 3 Workshops

- Wege in Ausbildung in KMU (betriebliche Netzwerke, Praktikumsbörsen)
- Flüchtlinge ohne Sprachkenntnisse
- Integrationsversuche im Hotel- & Gastronomiegewerbe
- Integration im Bereich der Pflegeberufe
- Fachkräftebündnis Welcome Center

Kurzfristig umsetzbare Ergebnisse (Herbst 2016/Anfang 2017)

I. Erfolgreicher Start von SPRINT-Dual

Das bestehende Sprach- und Integrationsprojekt „SPRINT“ hilft jugendlichen Flüchtlingen, in modularisierter Form Sprachbarrieren abzubauen und mit der Berufs- und Arbeitswelt vertraut zu werden.

Dieses Projekt hat das Niedersächsische Kultusministerium jetzt zu SPRINT-Dual weiterentwickelt. Mit SPRINT-Dual sollen bereits vorhandene Sprachkenntnisse gefestigt und erweitert sowie Schülerinnen und Schüler durch die Kombination von Schule und Einstiegsqualifizierung in Ausbildung gebracht werden. Sie erhalten so die Möglichkeit, Teile eines Ausbildungsberufes, einen Betrieb und das Berufsleben kennenzulernen.

Die Einbeziehung der Betriebe erfolgt mit Unterstützung der Arbeitsverwaltung. Das Projekt setzt nahtlos an abgeschlossene „Sprint-Klassen“ an und startete zum Schuljahr 2016/2017.

II. Frühzeitige Kompetenzerfassung

Die frühzeitige Kompetenzerfassung individueller sprachlicher, schulischer und beruflicher Fähigkeiten von Asylsuchenden und Flüchtlingen mit Bleibeperspektive ist ein wichtiger erster Schritt zur Integration in Ausbildung und Arbeit.

Seit dem 1. September 2016 erfolgt die Ersterfassung beruflicher Kompetenzen für neu ankommende Flüchtlinge



Erste Ergebnispräsentation bei der zweiten Integrationskonferenz „Werkstatt Arbeit“

mit sehr guter Bleibeperspektive durch die Bundesagentur für Arbeit regulär im Rahmen der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge derzeit aufzubauenden „Ankunftszentren“ in Bad Fallingbommel und Bramsche. Mit diesen Ankunftszentren soll das Flüchtlingsmanagement neu ausgerichtet werden.

Das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr hatte hier frühzeitig Handlungsbedarf erkannt und gemeinsam mit der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit das Projekt „Kompetenzen erkennen. Gut ankommen in Niedersachsen“ im Zeitraum Juni 2015 bis 31. August 2016 durchgeführt. An den fünf zentralen Standorten der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen wurden in mehr als 1 900 Gesprächen relevante Daten erhoben und anschließend den Arbeitsagenturen, Jobcentern und Kommunen für den Vermittlungsprozess am späteren Aufnahmeort zur Verfügung gestellt.

III. Flächendeckende Kompetenzerfassung sichern

Viele Asylsuchende bleiben schon deshalb langfristig in Deutschland, weil die Bearbeitung ihres Asylantrages längere Zeit in Anspruch nimmt und erst zu einem späten Zeitpunkt über einen Schutzanspruch ent-

schieden wird. Zudem gibt es eine größer werdende Zahl von geduldeten Flüchtlingen mit abgelehntem Asylantrag, die aus rechtlichen oder faktischen Gründen derzeit nicht in das jeweilige Herkunftsland zurückgeführt werden können.

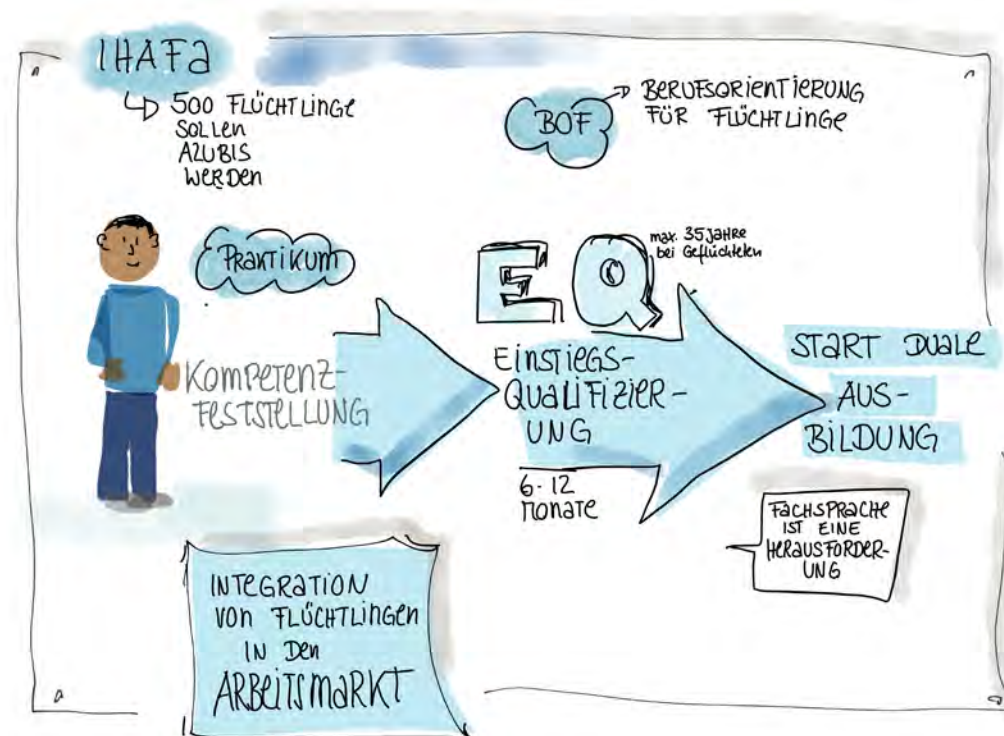
All diese Personen sollten angesichts ihrer häufig langjährigen Aufenthaltsdauer in Deutschland ebenfalls frühzeitig eine Kompetenzerfassung zur Beschleunigung der Arbeitsmarktintegration durchlaufen.

IV. Verlängerung des Handwerksprojekts zur Flüchtlingsintegration

„IHAFa“

Die Erfahrungen der letzten Monate sowie die Diskussionen in den Werkstattforen der zweiten Integrationskonferenz haben gezeigt, dass auf aktuelle Entwicklungen flexibel reagiert und bei Bedarf nachgesteuert werden muss.

Das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr hat deshalb die Unterstützung für das Projekt „Integrationsprojekt Handwerkliche Ausbildung für Flüchtlinge und Asylbewerber (IHAFa)“ der sechs Handwerkskammern in Niedersachsen bis zum 31.01.2019 verlängert. Hier werden landesweit jüngere Flüchtlinge unter anderem durch Berufsberatung, Eignungsfeststellung und Betriebspraktika auf eine Handwerksausbildung vorbereitet. Es gab bislang mehr als 1 000 Beratungen für Flüchtlinge und Unternehmen sowie rund 340 Kompetenzfeststellungen. Durch die Projektverlängerung sollen bisherige Teilnehmende, für die der Start einer Ausbildung zum Ausbildungsjahr 2016/2017 zu früh kommt, bis zu einem späteren Ausbildungsbeginn begleitet werden. Aufgebaute Kontakte zu interessierten Ausbildungsbetrieben können so verstetigt werden.



Regionale Integrationskonferenz „Werkstatt Arbeit“ des ArL Braunschweig

V. Neues Förderprogramm für höher qualifizierte Flüchtlinge

Das Förderprogramm für höher qualifizierte Flüchtlinge zielt auf die Aufnahme eines Hochschulstudiums ab. Im Mittelpunkt der Maßnahmen steht hier die Sprachvermittlung. Diese erfolgt in Form von Intensiv-

reichtigung oder für einen Hochschulzugang grundsätzlich geeignete Aus- oder Vorbildung im Herkunftsland) erfüllen können. Für die Maßnahmen stehen 4,7 Millionen Euro bereit. Damit können rund 1 000 Flüchtlinge in ganz Niedersachsen unterstützt werden.



Regionale Integrationskonferenz „Werkstatt Arbeit“ des ArL Braunschweig

sprachkursen, die sowohl grundlegende als auch fachliche und wissenschaftliche Sprachmodule beinhalten. Angesichts der besonderen Situation von Flüchtlingen müssen dabei auch betreuende und begleitende Elemente zur Aufnahme eines Studiums integriert werden, wie zum Beispiel die Klärung von Hochschulzugangsvoraussetzungen oder die Auswahl von Studienfachrichtungen. Die vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur geförderte Maßnahme soll von den Einrichtungen der niedersächsischen Erwachsenenbildung in Kooperationen mit Hochschulen und Betrieben durchgeführt werden. Die Kurse stehen allen Flüchtlingen ab dem 18. Lebensjahr offen, die die Aufnahme eines Hochschulstudiums in Deutschland anstreben und die formalen Voraussetzungen (Hochschulzugangsbe-

VI. Verbesserung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen

Der Niedersächsische Landtag hat am 7. Juni 2016 die Novelle des Niedersächsischen Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes beschlossen. Mit der Gesetzesänderung wurden Verbesserungen für diejenige Zielgruppe eingeführt, die an der Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen interessiert ist. Neu sind unter anderem Ansprüche auf unabhängige Beratung sowie zum Nacherwerb fehlender Qualifikationen. Somit kann eine volle Anerkennung erlangt werden, auch wenn zunächst keine Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation mit dem deutschen Referenzberuf besteht. Ein berufliches Anerkennungsverfahren kann unabhängig vom

Aufenthaltsstatus der Antragstellenden durchgeführt werden. Personen, die die erforderlichen Nachweise fluchtbedingt nicht vorlegen können, haben die Möglichkeit, in einem gesonderten Verfahren ihre maßgeblichen beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten feststellen zu lassen.



„Unser Verbandsmotto ‚Ein Ball verbindet‘ impliziert, dass wir für alle Menschen unserer Gesellschaft einen Platz in unserer Mitte schaffen möchten.“

Karl Rothmund
Präsident des
Niedersächsischen Fußballverbandes

VII. Das IQ-Netzwerk

Das Landesnetzwerk „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ hat das Ziel, die Arbeitsmarktchancen von Migrantinnen und Migranten in Niedersachsen zu verbessern. Das niedersächsische IQ Netzwerk besteht aus 43 Projekten, die landesweit flächendeckend an 16 Standorten angesiedelt sind. Schwerpunkte der Arbeit bilden drei Handlungsfelder:

- Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung
- Qualifizierungsmaßnahmen
- „Interkulturelle Vielfalt fördern“
 - Beratung und Qualifizierungsangebote für Arbeitsmarktakteurinnen und -akteure

Diese Handlungsfelder werden von Projektpartnerinnen und -partnern unterschiedlicher Trägerinstitutionen in ganz Niedersachsen bearbeitet. Hierzu zählen beispielsweise Bildungseinrichtungen, Berufskammern, Jobcenter und Arbeitsagenturen, Wohlfahrtsverbände, Forschungsinstitute sowie weitere relevante Arbeitsmarktakteurinnen und -akteure.

Die Finanzierung des IQ-Netzwerkes Niedersachsen aus Bundesmitteln sowie Mitteln des Europäischen Sozialfonds wird durch eine zusätzliche Landesförderung ergänzt. Aufgrund der großen Nachfrage wird die Landesförderung in den Jahren 2016 bis 2018 verdoppelt und auf bis zu 960 000 Euro jährlich erhöht.



Sie unterstützt das Bündnis „Niedersachsen packt an“, weil sie ein Zeichen setzen will: „Für Toleranz, Integration und ein freundliches Miteinander.“

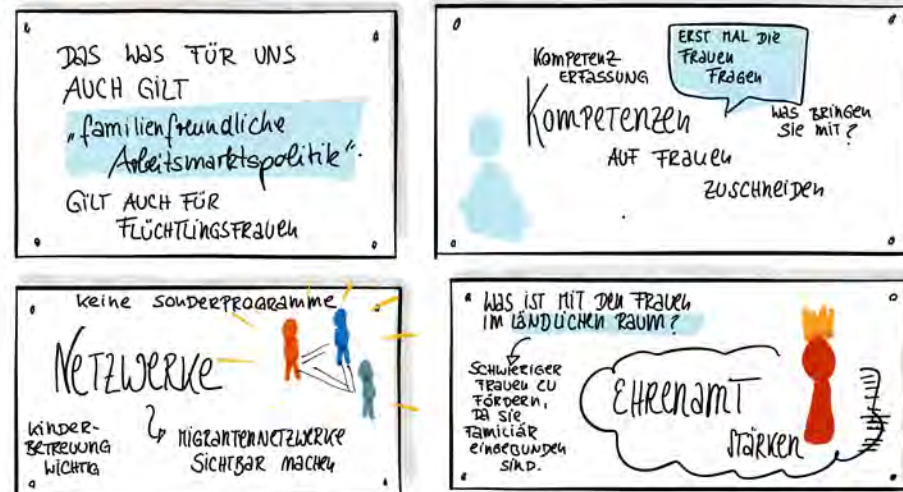
Meredith Michaels-Beerbaum
Springreiterin

VIII. Modellprojekte „Überbetriebliche Integrationsmoderatorinnen und Integrationsmoderatoren“

Vor allem kleine und mittlere Betriebe dürfen mit der Aufgabe der betrieblichen Integration von Menschen mit Fluchthintergrund nicht alleine gelassen werden. Sie benötigen Unterstützung in praktischen und rechtlichen Fragen.

Das hat die Diskussion im Werkstattforum „Wege in Arbeit“ der zweiten Integrationskonferenz noch einmal nachdrücklich aufgezeigt. Das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr bereitet deshalb einen Förderaufruf „Modellprojekte Überbetriebliche Integrationsmoderatorinnen und Integrationsmoderatoren“ vor. Die Integrationsmoderatorinnen und Integrationsmoderatoren sollen vorerst für zwei Jahre Flüchtlinge und Unternehmen vor Ort nach ihren jeweiligen Beschäftigungsvoraussetzungen zusammenführen („Matching“). Die Integration in den Betrieb soll dann sehr konkret, gegebenenfalls unter Einbindung ehrenamtlicher oder anderweitiger Kompetenz unterstützt werden. Der Aufruf soll insbesondere an wirtschaftsnahe Organisationen mit Erfahrungen in der beruflichen Bildung sowie an Organisationen mit Erfahrung in der arbeitsmarktbezogenen Flüchtlingssozialarbeit gerichtet werden. Er wird voraussichtlich im Dezember 2016 veröffentlicht.

FORUM III WEGE FÜR FRAUEN

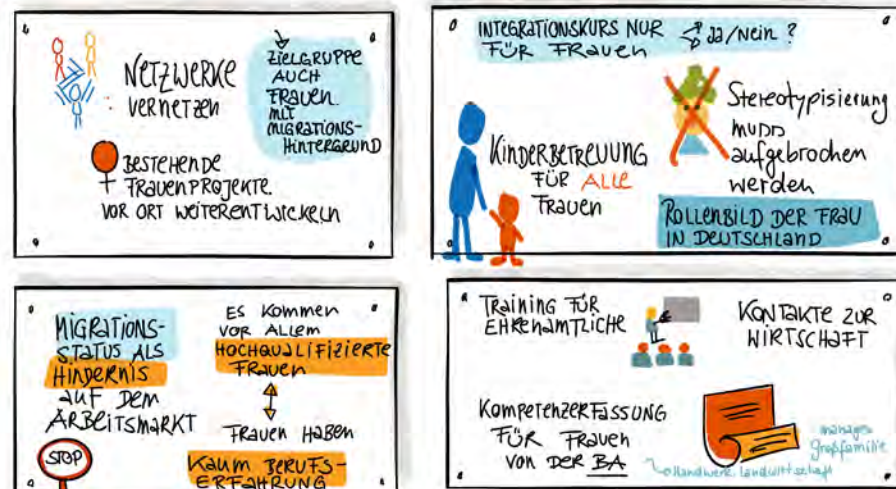


IX. Ausbau besonderer Maßnahmen für Frauen zur Integration in den Arbeitsmarkt

Aktuell sind rund 30 Prozent der Flüchtlinge weiblich. Sie haben häufiger als geflüchtete Männer keine Schule besucht und die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gelingt ihnen deutlich seltener. Sie brauchen deshalb besondere Angebote der Unterstützung, damit sie an Erwerbsfähigkeit und -tätigkeit herangeführt werden können. Die Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft sollen deshalb für ein spezifisches Beratungs- und Koordinierungsangebot für die Arbeitsmarkt-

integration von geflüchteten Frauen zusätzlich gefördert werden. Im Rahmen einer erweiterten Ausschreibung ist der Projektstart ab dem 1. Januar 2017 vorgesehen. Ein Mehrbedarf für das Programm in Höhe von 400 000 Euro jährlich an Landesmitteln ist bereits bewilligt worden. Zusätzlich sollen bereits bestehende

FORUM III WEGE FÜR FRAUEN



regionale Netzwerkstrukturen besser für die Bedarfe geflüchteter Frauen genutzt und ausgebaut werden. Im Programm „Förderung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt“ können unterstützend Qualifizierungsprojekte initiiert werden. Um weibliche Flüchtlinge und ihre Bedarfslagen stärker sichtbar zu machen, sollen Probleme und gute Beispiele, zum Beispiel im Rahmen von Veranstaltungen, regelmäßig kommuniziert und in übergreifende Netzwerke eingespeist werden.

Ergebnisse auf Grundlage des Integrationsgesetzes

Mit dem am 8. Juli 2016 verabschiedeten Integrationsgesetz wurden einige Hürden beseitigt, die einer Integration von Asylsuchenden mit einer guten Bleibeperspektive und Geduldeten in Beschäftigung und Ausbildung entgegenstanden. Dabei wurden mit Verabschiedung dieses Gesetzes Wünsche und Forderungen aus der zweiten Integrationskonferenz umgesetzt.

I. Rechtssicherheit für Geduldete in Ausbildung

Die Landesregierung hat schon frühzeitig die Forderung nach einer Duldung für Flüchtlinge während einer dreijährigen Ausbildung und noch zwei Jahre darüber hinaus (sog. „3-plus-2-Regelung“) unterstützt. Mit der Verabschiedung des Integrationsgesetzes sind die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration in Ausbildung nun deutlich verbessert worden.

Während der Zeit einer qualifizierten Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf erhalten Auszubildende, unabhängig von ihrem Alter, für die Gesamtdauer der Ausbildung eine Duldung. Bei anschließender ausbildungsadäquater Beschäftigung wird eine Aufenthaltserlaubnis für zwei weitere Jahre erteilt. Auch wenn nach erfolgreichem Abschluss der Berufsausbildung, für die die Duldung



Arbeit in den Foren der Integrationskonferenzen

II. Frühere Öffnung berufsvorbereitender Maßnahmen der BA für Geduldete

Mit den Leistungen der Ausbildungsförderung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch bietet die Bundesagentur für Arbeit wichtige Förderinstrumente an, um insbesondere auch jungen Flüchtlingen den Zugang zu einer beruflichen Ausbildung zu erleichtern. Die Niedersächsische Landesregierung begrüßt, dass mit dem Integrationsgesetz für Gestattete, d. h. Personen mit Aufenthaltsgestattung nach § 55 Asylgesetz, mit einer guten Bleibeperspektive, für Geduldete sowie für Inhaberinnen und Inhaber bestimmter humanitärer Aufenthaltstitel der Zugang zu Leistungen der Ausbildungsförderung je nach Zielgruppe früher als bisher zur Verfügung steht sowie die Berufsausbildungsbeihilfe und das Ausbildungsgeld zum Teil erstmalig geöffnet werden.

III. Flächendeckender Verzicht auf die Vorrangprüfung in Niedersachsen

Bewirbt sich ein asylsuchender oder geduldeter Flüchtling in Deutschland auf einen Arbeitsplatz, werden Deutsche und EU-Bürger bislang bei der Vergabe bevorzugt. Das ist gesetzlich so vorgesehen. Angesichts des Zieles einer schnellen Integration in den Arbeitsmarkt hat sich die Niedersächsische Landesregierung für die zeitweise Abschaffung dieser Vorrangprüfung ausgesprochen und sich dafür eingesetzt, hierbei alle niedersächsischen Arbeitsagenturbezirke gleich zu behandeln. Mit Inkrafttreten des Integrationsgesetzes am 6. August 2016 ist die Vorrangprüfung bei Ausländerinnen und Ausländern mit einer Duldung oder Aufenthaltsgestattung in ganz Niedersachsen für einen Zeitraum von drei Jahren ausgesetzt worden. Damit wird geflüchteten Menschen auch die Tätigkeit als Leiharbeiterin oder Leiharbeiter ermöglicht.

IV. Arbeitsgelegenheiten

Die Niedersächsische Landesregierung begrüßt die 100 000 zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten (AGH) als Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aus Bundesmitteln. Die Förderrichtlinie ist inzwischen in Kraft getreten. Der Bund wird die zusätzlichen AGH bis 2020 mit 300 Millionen Euro jährlich unterstützen, was die Akzeptanz bei den Kommunen erhöhen wird. Das Land hat in Abstimmung mit der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunalen Spitzenverbänden, den Landkreisen und kreisfreien Städten die Mittelkontingente zur Umsetzung von FIM mitgeteilt. Somit können bereits erste Anträge bei den Agenturen gestellt werden. Die Forderung ist, Arbeitsgelegenheiten insbesondere für Niedrigqualifizierte auch zur Heranführung an den Arbeitsmarkt zu nutzen und sie möglichst mit Sprachförderung und Kompetenzfeststellung zu verknüpfen. Das Land wird die Umsetzung des geplanten Bundesprogramms in Niedersachsen tatkräftig unterstützen.



„Ich unterstütze ‚Niedersachsen packt an‘, weil der Mensch ein Mensch ist und das Grundrecht auf Asyl und Menschenwürde uneingeschränkt gewahrt werden muss.“

Hanna Naber,
Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Weser-Ems

Bündnis „Niedersachsen packt an“ auf dem Tag der Deutschen Einheit in Dresden

Politik zum Anfassen e. V. gestaltet Angebot auf der Ländermeile

Ein ganz besonderes Angebot auf der Ländermeile bot Niedersachsen beim Tag der Deutschen Einheit in Dresden. Spielerisch konnten sich die Besucherinnen und Besucher am vom Niedersächsischen Innenministerium organisierten Stand über Zahlen und Fakten zu Flucht und Asyl informieren. Das Angebot wurde begeistert angenommen.

Für das in Deutschland bislang einmalige Bündnis „Niedersachsen packt an“

hatte der Verein Politik zum Anfassen e. V. aus Hannover Wissensaktionen und einen Film erstellt und begleitete mit seinem Team die wissbegierigen Besucherinnen und Besucher in der sächsischen Landeshauptstadt. Drei Tage lang konnten sich Tausende Besucherinnen und Besucher über das Bündnis informieren und ihr Wissen über Daten, Fakten und Hintergründe wie Flüchtlingszahlen, Herkunftsländer und finanzielle Zuwendungen erweitern.



Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ präsentiert sich auf der Ländermeile beim Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2016 in Dresden



Integrationskonferenz „Werkstatt Wohnen und Leben“ am 29. August 2016

Am 29. August 2016 folgte die dritte Integrationskonferenz „Werkstatt Wohnen und Leben“, mit der ein weiteres Thema aufgegriffen wurde, das für die Integration der Flüchtlinge, die bei uns bleiben werden, entscheidend ist. Die aktuelle Zuwanderung stellt gerade für die Städte und Gemeinden eine Herausforderung dar; sie zeigt aber auch an vielen Orten, was eine weltoffene Gesellschaft leisten kann. Lange stand oftmals die Bewältigung der Erstunterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden im Vordergrund. Doch die Wohnraumversorgung und

die Integration der Bleibeberechtigten gewinnen zunehmend an Bedeutung. Schutz- oder asylsuchende Menschen mit positiver Bleibeperspektive müssen nicht nur untergebracht werden; sie sollen in Niedersachsen auch gerne „wohnen und leben“ können. Das bedeutet eine qualitativ ausreichende Wohnung in einem sozialen Umfeld, das die Integration und Teilhabe ermöglicht und fördert. Das gilt dabei nicht nur für bleibeberechtigte Flüchtlinge, sondern muss Anspruch für alle Teile der Bevölkerung und gesellschaftlichen Gruppen sein.

Regionale Integrationskonferenz „Wohnen und Leben“ des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems Oldenburg, Alter Landtag

15. November 2016 rd. 90 Teilnehmende

Vorträge mit Plenumsdiskussion

- Wohnraumversorgung für alle: Wohnungsmarktlage in Niedersachsen/in Weser-Ems, Fördermöglichkeiten,
- Nachhaltige Wohnraumversorgungskonzepte für Gemeinden
- Erfahrungsbericht „Willkommen in Sögel“
- Was kann die örtliche Gemeinschaft leisten? Erfahrungsberichte aus Kommunen, Integration „ganz praktisch“: Projekte im Sport

Regionale Integrationskonferenz „Wohnen und Leben“ des Amtes für regionale Landesentwicklung Lüneburg Verden, Zentrum für nachhaltiges Bauen

16. November 2016 rd. 50 Teilnehmende

Impulsvorträge, Dialogforum

- Wohnungsmarktlage in Niedersachsen/im Amtsbezirk Lüneburg
- Wohnraumförderung im ländlichen Raum
- Neues Wohnraumversorgungskonzept
- „In Räumen denken“ – Sozialraumorientierung & Gemeinwesenarbeit schaffen Inklusion
- Preiswerter Wohnungsbau: Neubauten stärken Stadtteile
- Wohnen & mehr – Angebote für Flüchtlinge (Gesundheitsholding Lüneburg)
- Integration durch Ehrenamt



Regionale Integrationskonferenz „Wohnen und Leben“ des Amtes für regionale Landesentwicklung Leine-Weser Hildesheim, Halle 39

22. September 2016 rd. 100 Teilnehmende

- Dialogforum, Markt der Möglichkeiten mit Themeninseln
- Wohnraum & Wohnumfeld: Förderung von Wohnraum, Städtebauförderung, Umnutzung durch Dorferneuerung
 - Zusammenleben in der Region Leine-Weser, Präsentation des Spektrums anhand von zahlreichen Projekten

Regionale Integrationskonferenz Braunschweig „Werkstatt Wohnen und Leben“ Integrationszentrum Goslar

4. November 2016 rd. 75 Teilnehmende

Impulsvorträge, 3 Workshops

- Integration in der Stadt – Integration im ländlichen Raum
- Gemeinschaftsprojekt – Start.Punkt.Salzgitter – Anlaufpunkt für zugezogene Flüchtlinge
- Erfahrungen & Herausforderungen bei der Integration im ländlichen Raum
- Demokratie gemeinsam leben – Gemeinwesen gemeinsam gestalten. Wege zur Beteiligung von Flüchtlingen

Ergebnisse

I. 600 neue Mietwohnungen für Niedersachsen

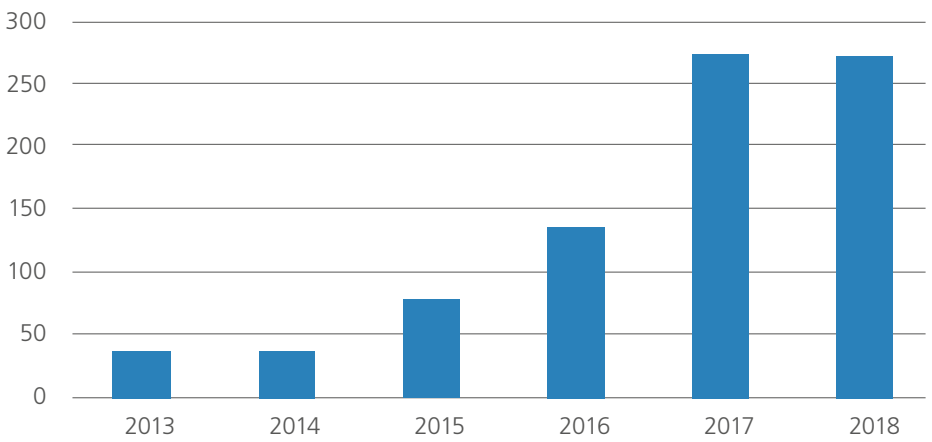
Dringend benötigter Wohnraum kann bei guter Vorbereitung zügig und mit hoher Qualität gebaut werden. Dies ist ein Fazit aus dem Wettbewerb „Wohnraum schaffen“, an dem die Bündnispartnerinnen und -partner, die Architektenkammer Niedersachsen und der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen und Bremen e. V. maßgeblich beteiligt waren. Die Ergebnisse des Wettbewerbs sind auf der 3. Integrationskonferenz prominent vorgestellt worden.

Aus dem Wettbewerb, der vom Land Niedersachsen finanziell unterstützt wurde, sind zahlreiche innovative Konzepte für bezahlbares und gleichzeitig qualitätsvolles Wohnen hervorgegangen. Die beteiligten Wohnungsunternehmen bauen jetzt zeitnah die vier Preisträger-Entwürfe. Weitere vier am Wettbewerb beteiligte Wohnungsunternehmen wollen mit den Architektinnen und Architekten der insgesamt acht Anerkennungen zusätzliche



Neubau in Niedersachsen

Fördermittel der sozialen Wohnraumförderung in Niedersachsen (in Millionen Euro)



Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Wohnungsneubau-Projekte realisieren. Insgesamt werden so rund 600 neue Mietwohnungen errichtet.

II. Genossenschaften unterstützen – Potenziale nutzen

In Niedersachsen gibt es gute Beispiele dafür, wie durch zivilgesellschaftliches Engagement Wohnraum geschaffen werden kann. Immer mehr Menschen schließen sich zusammen und engagieren sich zum Beispiel in Genossenschaften im Wohnungsmarkt. Sie tun dies nicht für sich selbst, sondern für hilfebedürftige Menschen oder besondere Bedarfsgruppen, zum Beispiel für Flüchtlinge.

Ein herausragendes Beispiel ist die „Willkommen in Sögel eG – Bürgergenos-

senschaft für Menschen in Not“. Die im September 2015 in der Gemeinde Sögel (Landkreis Emsland) gegründete Bürgergenossenschaft hat es sich zur Aufgabe gemacht, Wohnraum für Flüchtlinge zu schaffen. Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde haben inzwischen Geschäftsanteile im Wert von mehr als einer Million Euro erworben. Das erste von der Bürgergenossenschaft errichtete Gebäude ist bereits bewohnt, weitere Gebäude sind in Planung.

Um solche und viele weitere gute bürgerschaftliche Projekte auf den Weg zu bringen, wird das Land im Frühjahr 2017 ein Programm zur Förderung von Sozialgenossenschaften auflegen. Die Förderung des Landes soll die Gründung einer Sozi-

algenossenschaft erleichtern. Kosten, die durch den Gründungsvorgang entstehen, sollen gefördert werden.

III. Arbeit im Gemeinwesen und Quartiersmanagement

In den Werkstatt-Foren der dritten Integrationskonferenz ist deutlich geworden, wie wichtig die Arbeit im Gemeinwesen, ein gutes Quartiersmanagement, Netzwerke und zielgruppenübergreifendes Denken und Handeln sind. Schon bei der Planung eines Quartiers sollten die damit verbundenen Fragen berücksichtigt werden. Ganz wesentlich dabei ist auch, die Flüchtlinge selbst so weit wie möglich einzubeziehen. Eine wichtige Rolle können dabei Anlaufstellen spielen. In Niedersachsen kann dafür die vorhandene Infrastruktur gut genutzt werden: Mehrgenerationenhäuser, Familienbüros, Senioren- und Pflegestützpunkte, Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe sowie andere Einrichtungen.

Vom Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V. und von der LAG Soziale Brennpunkte

Niedersachsen e. V. wurde auf der 3. Integrationskonferenz die gemeinsame Broschüre „Was alle angeht, können nur alle lösen“ vorgestellt. Die Veröffentlichung gibt insbesondere Kommunen wertvolle Hinweise und konkrete Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingen in das Gemeinwesen.

IV. Soziale Wohnraumförderung gezielt verbessert

Der soziale Wohnungsbau erfüllt nach wie vor eine wichtige Versorgungsfunktion, auf die nicht verzichtet werden kann. Insbesondere in Ballungsräumen gibt es zunehmend Wohnungsengpässe. Menschen, die auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind, haben es oftmals schwer, sich aus eigener Kraft mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Bund und Land haben daher die Mittel für die soziale Wohnraumförderung bereits um ein Vielfaches erhöht. Bis 2019 stehen dafür mehr als 800 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Förderung mit zinslosen Darlehen hat angesichts der niedrigen Zinsen auf dem Kapitalmarkt deutlich an Attraktivität eingebüßt. Daher wird das Land seine Förderung weiterentwickeln und eine Zuschussförderung als zusätzlichen Investitionsanreiz anbieten. Speziell im Mietwohnungsneubau ist es notwendig, die Fördermöglichkeiten zu verbessern.

Außerdem wird das Land die Vornutzung als Wohnraum für Flüchtlinge auch bei einer Förderung im Mietwohnungsbestand möglich machen. Wie bei neu erbauten Mietwohnungen können die geförderten Wohnungen bis zu zehn Jahre lang für die Unterbringung von Flüchtlin-



Die Broschüre „Wohnen und Leben“

gen genutzt werden. Für diese Zwecke können die Wohnungen an die dafür zuständigen kommunalen Gebietskörperschaften vermietet werden. Nach Beendigung der Vornutzung sind die Mietwohnungen als geförderter Mietwohnraum an wohnberechtigte Haushalte zu vermieten. Auf diese Weise können auch Leerstände wieder nutzbar gemacht werden.

V. Teilhabe- und Beratungsangebote weiter fördern

Das Land unterstützt die Teilhabe in mehreren Themenfeldern auch mit erheblichen finanziellen Mitteln. Beispielsweise wird das Verständnis für Demokratie und Toleranz, für gesellschaftliche Teilhabe und kulturelle Vielfalt gestärkt. Es gibt ein landesweites Beratungsangebot für die Menschen, die zu uns kommen und sich in einem für sie neuen Lebensumfeld zurechtfinden müssen. In den Landkreisen und Städten sind flächendeckend Netzwerkstrukturen geschaffen worden, die die Migration und Teilhabe vor Ort koordinieren. Und nicht zuletzt setzen sich seit vielen Jahren vom Land qualifizierte Integrationslotsinnen und Integrationslot-



Regionale Integrationskonferenz „Werkstatt Wohnen und Leben“ des ArL Leine-Weser

sen ehrenamtlich für die zu uns nach Niedersachsen kommenden Menschen ein.

Zukünftig werden in diesen Themenfeldern und bei den entsprechenden Maßnahmen die Aspekte des Wohnens und des Lebensumfelds ausdrücklich berücksichtigt.

VI. „Gut ankommen in Niedersachsen“

Mit dem Projekt „Gut ankommen in Niedersachsen!“ unterstützt das Land darüber hinaus die örtlichen Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe bei der Initiierung besonderer Projekte für die Zielgruppe der Schutzsuchenden Familien in Niedersachsen. Ziel ist die Förderung von Projekten, die speziell auf die erste Phase des Ankommens und auf Flüchtlingsfamilien in besonderen Notlagen oder Lebenssituationen zugeschnitten sind. Bereits 2015 konnten 40 Jugendämter gefördert werden. Für die verbliebenen

16 Träger wurden 2016 weitere Mittel zur Verfügung gestellt. Das Projekt wird künftig in die Förderung nach der Richtlinie Familienförderung überführt, um Nachhaltigkeit zu erzielen.

VII. Verfügungsfonds in der Städtebauförderung

Niedersachsen gibt den Kommunen seit Inkrafttreten der Neufassung der Städtebauförderungsrichtlinie die Möglichkeit, in allen Programmen der Städtebauförderung Fördermittel auch für Verfügungsfonds einzusetzen. Es handelt sich um ein Förderinstrument, das zur stärkeren Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen in den Fördergebieten dient. Über die Verwendung der Fördermittel entscheidet ein lokales Gremium. Die Mittel des Fonds können für Investitionen sowie für investitionsvorbereitende und investitionsbegleitende Maßnahmen verwendet werden.

Im Programm „Soziale Stadt“ können die Mittel darüber hinaus auch für sonstige Maßnahmen verwendet werden, die der Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner dienen. Darunter können auch Maßnahmen fallen, die der Integration dienen und die den sozialen Zusammenhalt im Quartier fördern.

VIII. Wohnraumvermittlung

Wer aufgenommen wird, braucht Unterstützung, um sich in einem neuen, unbekannten Land zurechtzufinden und eigenständig zu werden – dies gilt insbesondere auch für die Suche nach einer Wohnung. Auf der dritten Integrationskonferenz wurde präsentiert, wie die staatlichen Strukturen für die Wohnungsvermittlung durch bürgerschaftliches Engagement unterstützt werden können. Als ein Ergebnis der dritten Integrationskonferenz wird das Land prüfen, ob und auf welche Weise

Hilfsstrukturen geschaffen und unterstützt werden können, um zusätzlichen privaten Wohnraum zu mobilisieren und an geflüchtete Menschen zu vermitteln.

IX. Stiftungen und Kapital aktivieren

Die Rahmenbedingungen für Investitionen in den Wohnungsbau sind derzeit günstig. So können Banken Baugeld zu äußerst günstigen Konditionen zur Verfügung stellen. Institutionelle Anlegerinnen und Anleger aus dem In- und Ausland suchen nach guten Anlagemöglichkeiten, weil sie in den klassischen Anlagebereichen in der Niedrigzinsphase keine angemessenen Renditen mehr erzielen können. Damit rückt für diese Investoren zunehmend der Wohnungs- und Immobilienmarkt in den Blick. Zu diesen Investoren können auch Stiftungen gehören, die ansonsten kaum noch rentable Anlagemöglichkeiten für ihr Stiftungsvermögen finden. Auch hier wird das Land als Folge der dritten Integrationskonferenz Maßnahmen prüfen, wie insbesondere diese Investorengruppe angesprochen und mobilisiert werden kann, Stiftungsgelder in bezahlbaren Wohnraum zu investieren.

X. Broschüre des Deutschen Mieterbundes

Migrantinnen und Migranten sind mit dem Wohnungsmarkt und dem Mietsystem in Deutschland nur wenig vertraut. Anlässlich der 3. Integrationskonferenz hat der Deutsche Mieterbund, Landesverband Niedersachsen, deshalb das Faltblatt „Willkommen im neuen Leben! Informationen zur Wohnungsmiete“ entwickelt und herausgegeben. Auf wenigen Seiten stellt das Faltblatt die wichtigsten Regeln und Rechte im Mietwesen vor, erklärt wichtige Begriffe rund um das Thema Wohnen und informiert über Voraussetzungen, die ein gutes Zusammenleben begünstigen können.

Das Faltblatt liegt in arabischer, englischer und französischer Sprache vor und kann beim Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (Poststelle, Hannah-Arendt-Platz 2, 30159 Hannover, E-Mail: poststelle@ms.niedersachsen.de) bestellt werden.

XI. Broschüre der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen

Eine Aufgabe der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen ist es, landesweit das Bewusstsein für die Themen Klimaschutz und Energiesparen zu erhöhen. Mit der Informationsbroschüre spricht die Agentur gezielt Migrantinnen und Migranten an und gibt leicht verständliche Hinweise zu Energiesparen und Umweltschutz. Diese enthalten jeweils in arabischer, englischer und französischer Sprache Tipps zum Stromsparen im Haushalt und zeigen, wie durch richtiges Heizen und Lüften Energie gespart und Schimmel vermieden werden kann.



Regionale Integrationskonferenz „Werkstatt Wohnen und Leben“ des ArL Leine-Weser

Niedersachsen packt an: Kultur



Kinderzirkus „Giovanni“

Den Aktivitäten des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ im Bereich Kultur kommt bei der Integration geflüchteter Menschen eine wichtige Funktion zu: Das Werben für eine offene und tolerante Gesellschaft ist der eine Aspekt, die Begleitung einer Wertedebatte und die Schaffung einer Lern- und Begegnungskultur sind die anderen beiden zentralen Punkte. Fragen von Humanität, sozialer Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Religionsfreiheit und -ausübung – also die Felder, die auch im Aufruf des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ genannt werden – bieten hier Anknüpfungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Kulturelle Aktivitäten können darüber hinaus einen Beitrag für gegenseitiges Verstehen schaffen, gesellschaftliche Werte vermitteln, Fluchterfahrungen darstellen, greifbarer und verständlicher machen. Theateraufführungen, Musikveranstaltungen und Malerei, diese Kunstformen bieten die Möglichkeit, Erfahrungen zu vermitteln und eigene Erfahrungen ggf. auch aufzuarbeiten. Der Austausch, das Aufeinandertreffen und die Begegnung zwischen den Geflüchteten und den bereits hier lebenden Menschen können durch und im Rahmen von kulturellen Aktivitäten mit geringeren Hürden erfolgen.

Seit Jahresmitte 2016 packen auch renommierte Künstlerinnen und Künstler beim Bündnis mit an. Mit ihren gemeinschaftsstiftenden Medien und ihren non-verbalen Ausdrucksformen verbreiten sie im Land die Kernaussagen des Bündnisses und ermöglichen nachhaltige Begegnungen und Dialoge – ganz im Sinne der Philosophie des Bündnisses.

Ein erstes, unübersehbares Zeichen setzte im Juni Christian Awe in der Bun-

deshauptstadt. Der Maler schuf exklusiv für das Bündnis das Werk „Begegnung“. Das leuchtend bunte Werk nahm einen Großteil der Nordfassade der niedersächsischen Landesvertretung in Berlin ein. Weithin sichtbar warb es auf über 300 m² für die Begegnungen mit anderen und eine „Einheit in der Vielheit“. Dieser Ausspruch des Universalgelehrten Gottfried Wilhelm Leibniz war Inspiration für den Künstler und ist zugleich Richtlinie für das Bündnis.

Zugleich legte Awe eine limitierte Edition von „Begegnung“ exklusiv für das Bündnis auf. Einige wenige Restexemplare der Edition von Christian Awe sind weiterhin verfügbar.

Seit Herbst 2016 sind weitere partizipative Kulturprojekte unterschiedlicher Künstlerinnen und Künstler in Planung. Demnächst wird der Musiker Spax zwei Rap-Workshops mit Jugendlichen in



Ministerpräsident Stephan Weil und der Rapper Spax bei der Integrationskonferenz „Werkstatt Sprache“ am 16. März 2016

Lüneburg und Oldenburg durchführen. Bereits im Frühjahr hatte er mit Teenagern aus Flüchtlingsunterkünften ein vergleichbares Angebot in der Landeshauptstadt durchgeführt. Das seinerzeit entstandene Lied „So wie du“ stellte er gemeinsam mit den Jugendlichen aus Afghanistan, Syrien, Eritrea und dem Irak auf dem Sommerfest der Landesvertretung in Berlin vor.

Zum Jahresende 2016 sowie im kommenden Jahr sollen an unterschiedlichen Orten im Land weitere Projekte folgen. Dazu werden derzeit Gespräche mit Fotografinnen und Fotografen und Grafikerinnen und Grafikern geführt.



Christian Awe und Spax mit den „Reisenden“ auf dem Sommerfest der Landesvertretung Niedersachsen in Berlin am 20. Juni 2016

Niedersachsen packt an sagt DANKE

Die Herausforderungen seit dem Oktober 2015 in der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung sowie das immer mehr in den Vordergrund gerückte Thema einer guten Integration der Menschen, die auf absehbare Zeit bei uns leben, wäre ohne die großartige und jeden Tag über die Maßen bemerkenswerte Leistung aller bürgerschaftlich engagierten Helferinnen und Helfer nicht möglich gewesen und ist auch zukünftig nicht möglich.

„Niedersachsen packt an“ sagt Danke! – und würdigt damit alle ehrenamtlichen Freiwilligen wie auch diejenigen, die tagtäglich sich beruflich für die Integration von Geflüchteten einsetzen.

Am 21. April 2016 machte Ministerpräsident Stephan Weil in Begleitung des Geschäftsführers des VfL Wolfsburg Klaus Allofs den Auftakt in der Erstaufnahme-einrichtung in Ehra Lessien. Dort hatten sich während der Vollbelegung rund 350 Ehrenamtliche eingebracht. Aus dem nahe gelegenen Volkswagen-Werk in Wolfsburg wurden größere Mengen von Mahlzeiten, Transportfahrzeuge und bis zu 50 Auszubildende bereitgestellt. Bei einem Rundgang durch die Einrichtung und beim anschließenden gemeinsamen Kaffeetrinken konnten Weil und Allofs sich ein Bild über die vollbrachte Arbeit machen.

Ähnlich erging es am 27. April 2016 der niedersächsischen Justizministerin, Antje Niewisch-Lennartz, bei ihrem Besuch in der Erstaufnahmeeinrichtung des Arbeiter-Samariter-Bundes in Lüneburg-Woltersdorf. „Ich bin selbst mit dem Thema Flucht und Vertreibung groß geworden. Ich hätte meiner Familie gewünscht, dass sie damals auch auf solche Helferinnen und Helfer gestoßen wäre. Was hier geleistet wird, ist beeindruckend und an-

rührend zugleich“, äußerte die Ministerin bei der Besichtigung der Räumlichkeiten.

Am 12. Mai 2016 besuchte die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, den sogenannten „Mios-Markt“, eine Einrichtung des DRK in Oldenburg-Etzhorn. Ihre Begleitung, der Präsident des SV Werder Bremen, Dr. Hubertus Hess-Grunewald, würdigte den großen Einsatz der Ehrenamtlichen. Er verschenkte Fan-Schals des SV Werder Bremen. Schröder-Köpf zeigte sich von der Herzlichkeit bei der Flüchtlingsbetreuung beeindruckt. Sie dankte den Ehrenamtlichen für die großartige geleistete Arbeit für das Land und die Gesellschaft, verband den Dank aber auch mit einer Bitte: „Ich möchte Sie ermuntern, durchzuhalten. Denn wie sich die Lage entwickelt, das weiß niemand.“

Der Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Ralf Meister, besuchte am 17. Mai 2016 mit dem Musiker Heinz-Rudolf Kunze die Einrichtungen der Johanniter und des DRK im Camp Bad Fallingb.-tel. „Solche Arbeit wie hier ist nur durch unglaublichen ehrenamtlichen Einsatz zu



Projekt „Begegnung“ von Christian Awe an der Fassade der Landesvertretung

leisten, wie wir ihn in den vergangenen Monaten erlebt haben. Dafür möchte ich Ihnen danken!“ Meister merkte an, das wirkungsvollste Instrument gegen Fremdenhass und Rechtsextremismus sei ein direkter und persönlicher Kontakt zu Flüchtlingen. „Wer einmal die Erzählungen über die Flucht gehört hat, spricht im Anschluss anders über die gesamte Situation“, sagte er und appellierte: „Geht hin, spricht mit den Flüchtlingen, lasst euch einladen, ladet sie ein.“

Den vorläufigen Abschluss der Danke-Besuche machte am 14. Juni 2016 der Koordinator des Bündnisses „Niedersachsen packt an“, Staatssekretär Michael Rüter. Zusammen mit der NDR-Moderatorin Susanne Stichler besuchte er eine Einrichtung für 12 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bramsche/Osnabrück. Die AWO nutzt dort ein ehemaliges Schwesternwohnheim für zwei Wohngruppen zu je sechs 15-jährigen Flüchtlingen. Der Dank richtete sich vor Ort insbesondere an die Jugendlichen, die sich über das Jugendparlament und die AG „Schule ohne Rassismus“ des Greselius-Gymnasiums Bramsche für die Flüchtlinge einsetzen

und sie in ihr Leben einbinden. Neben einigen gezielten Aktionen nehmen sie die ohne Familie in Bramsche lebenden jungen Männer in ihre Freundes- und Bekanntenkreise auf, damit man gemeinsam leben und sich austauschen kann. Wichtiger Bezugspunkt ist dabei der Jugendtreff Gartenstadt, in dem die Danke-Veranstaltung stattfand.



Aufruf der Bündnispartner zur DANKE-Woche

Niedersachsen packt an: Die DANKE-Woche

Niedersachsen packt an DANKE

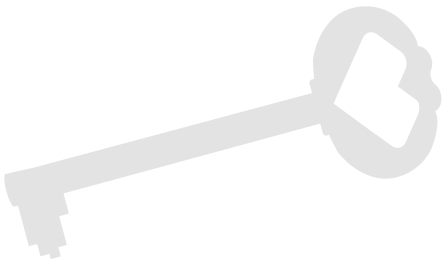
Die Partnerinnen und Partner im Bündnis „Niedersachsen packt an“, bedanken sich für das großartige bürgerschaftliche Engagement in der Flüchtlingshilfe und -integration mit einer landesweiten „Aktionswoche“ vom 30. November bis zum 5. Dezember 2016. Der Internationale Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember 2016 ist der Abschluss der Danke-Woche. Während der Woche werden die Bündnispartner mit ihren regionalen Gliederungen lokale und regionale Veranstaltungen und Angebote auf den Weg bringen.

Niedersächsischer Integrationspreis 2016 – Verständigung durch Sprache

Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, MdL vergab am 16. November 2016 im Alten Rathaus in Hannover gemeinsam mit Ministerpräsident Stephan Weil, den Niedersächsischen Integrationspreis 2016. Der Preis war mit insgesamt 24 000 Euro dotiert. Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ stiftete in diesem Jahr einen Sonderpreis mit einem Preisgeld von 6 000 Euro.

Der Niedersächsische Integrationspreis wurde in diesem Jahr zum siebten Mal vergeben und stand unter dem Motto „Zugehörigkeit durch Verständigung – Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe“. Preisträgerinnen und Preisträgern sind die Nina-Dieckmann-Stiftung aus Hannover, das Hemminger Netzwerk für Flüchtlinge, der Verein Ladungsbrücke e. V. aus Uetze sowie der Verein Conquer Babel e. V. aus Göttingen. Den Sonderpreis des Bündnisses erhielt die kirchlich-diakonische

Flüchtlingsarbeit der Kirchengemeinde St. Marien in Winsen/Luhe, in welcher Sprachförderung und Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration miteinander verknüpft werden. Es werden besondere Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme angeboten sowie ein Lehrlingswohnheim für geflüchtete Menschen unterhalten. Die Kirchengemeinde hat seit 2013 bereits über 700 geflüchtete Menschen mit ihren Angeboten erreicht.



„Ich finde Vielfalt im Sport aufregend und genieße sie.“

Sabrina Hering
Olympia-Silbermedaillengewinnerin
Rio 2016 im Kajak-Vierer

Niedersachsen packt an – Ausblick

Von Staatssekretär Michael Rüter

Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ ist gut aufgestellt. Gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, den beiden christlichen Kirchen, mit den Unternehmerverbänden in Niedersachsen und der Niedersächsischen Landesregierung, mit den kommunalen Spitzenverbänden, den großen Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen, dem Landessportbund, mit fast allen Vereinen und Verbänden, vielen lokalen Initiativen sowie allen im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien packen wir an.

Seit der Gründung des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ haben wir bereits drei große und landesweite Integrationskonferenzen und 12 regionale Integrationskonferenzen zu den Themen Sprache, Arbeit und Wohnen durchgeführt. Im kommenden Jahr werden zwei weitere Konferenzen mit anschließenden regionalen Veranstaltungen folgen: Am 6. März 2017 findet die Integrationskonferenz „Bürgerschaftliches Engagement“ statt. Im Sommer 2017 wird eine Konferenz zur gesellschaftlichen Teilhabe folgen. Außerdem wird das Bündnis im Laufe des Jahres 2017 erneut die zentralen Integrationsfelder Sprachförderung, Arbeitsmarktintegration und Wohnen aufgreifen. Sie sind die zentralen Handlungsfelder, damit die politische und gesellschaftliche Teilhabe der geflüchteten Menschen in Niedersachsen gelingt! Alle unsere Bemühungen werden und sollen

dazu beitragen, dass wir gemeinsam ein weltoffenes Miteinander gestalten und den Wohlstand und die Lebensqualität in unserem Land nicht nur mit Menschen aus anderen Herkunftsländern teilen, sondern nachhaltig sichern.

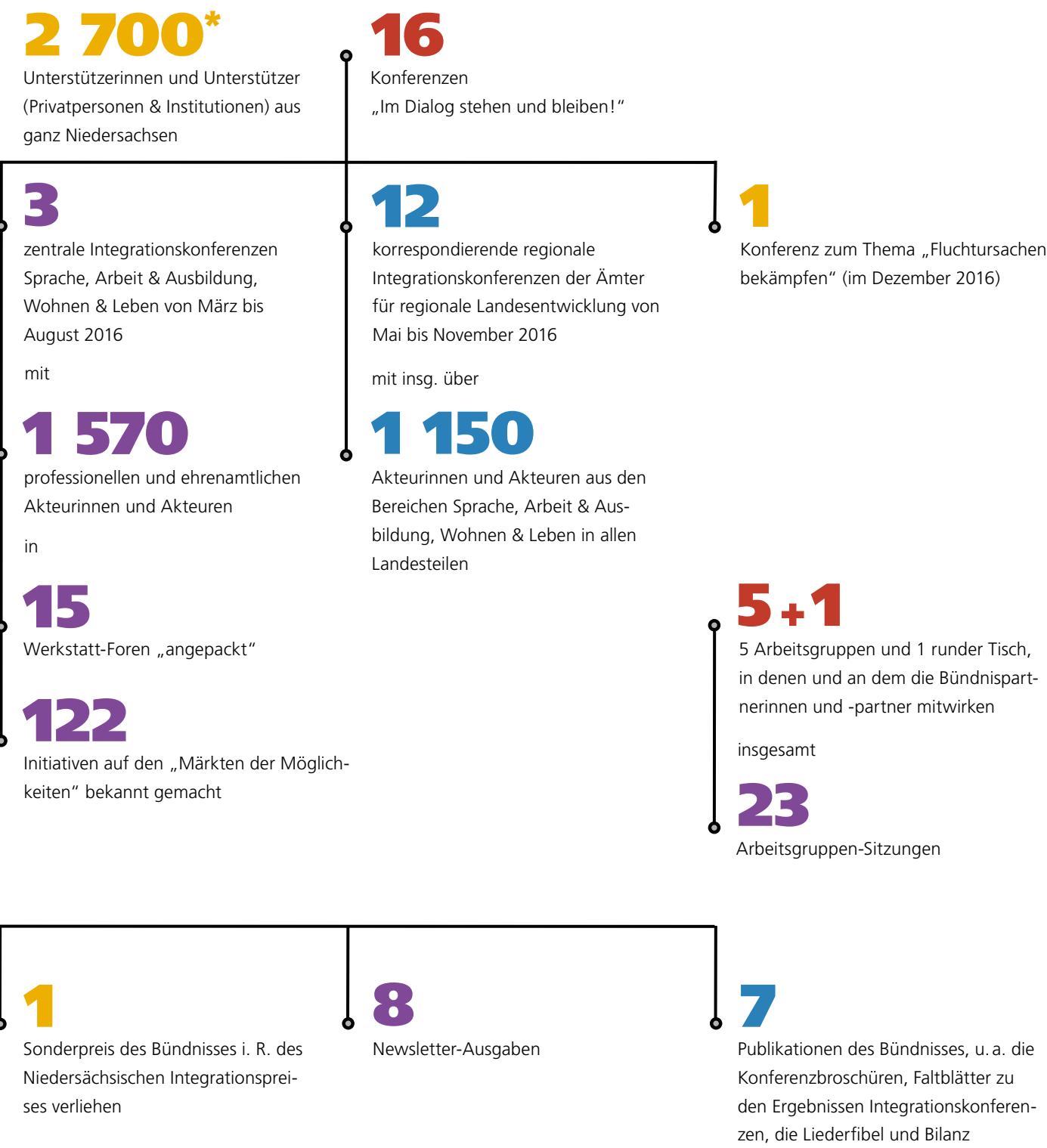
Von Johann Wolfgang von Goethe stammt das Zitat „Das Land, das die Fremden nicht beschützt, wird bald untergehen.“ Goethe steht als ein weltweites Symbol für Deutschland als das Land der Dichter und Denker. Das darf nicht nur ein historischer Rückblick sein, es muss auch Verantwortung und Auftrag für unser gegenwärtiges und zukünftiges Handeln sein. Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ steht für den Respekt vor der Menschenwürde, es zeigt Haltung und es ist ein Bekenntnis für eine solidarische Gesellschaft und ein vielfältiges Land! Niedersachsen steht für Zukunft – Zusammenhalt – und Zuhause!

Michael Rüter



Zahlen – Daten – Fakten – Das Bündnis in Zahlen

30. November 2015 Gründung des Bündnisses in Hannover



Zahlreiche DANKE-Events für Helferinnen und Helfer landesweit
i. R. der landesweiten DANKE-Woche vom 30. November bis 5. Dezember 2016

*Stand 11/2016

Bildnachweis

Seite 3	© Philipp von Ditfurth, <i>www.fotojournalismus.org</i>
Seite 6/7	© Niedersächsische Staatskanzlei, Fotograf: Jasper Ehrich
Seite 7	Foto „Sommerfest“ © Niedersächsische Staatskanzlei, Fotograf: Ole Spata
Seite 9	© Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund
Seite 10	© Fotograf: Jens Schulze, Hannover
Seite 11	© Katholisches Büro
Seite 12	© UVN
Seite 13	© Fotograf: DGB/Thomas Langreder
Seite 14	© Niedersächsischer Landkreistag (NLT)
Seite 15	© Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund (NSGB)
Seite 16	© Niedersächsischer Städtetag (NST)
Seite 17	Foto „Markt der Möglichkeiten“ © Niedersächsische Staatskanzlei, Fotograf: Jasper Ehrich; Foto „Nadine Liebetruth“ © privat
Seite 18/19/20	© Tanja Föhr, Agentur für Innovationskulturen
Seite 21/27/37	Foto-Umriss-Karte des Landes, Fotos © Peter Hamel, Nicole Kanning, Hans Kutsch, Landkreis Friesland, Lüneburger Heide GmbH, Meyer Werft, Dr. Julia Otto, Jürgen Zietz Fotograf: Jasper Ehrich
Seite 22	© Niedersächsisches Kultusministerium, Fotograf: Tom Figiel
Seite 23	Foto „Bücherregal“ © Stadtbibliothek Wolfsburg; Foto „Arbeit in den Foren“
Seite 24	© Niedersächsische Staatskanzlei, Fotograf: Jasper Ehrich
Seite 25	© Niedersächsische Staatskanzlei, Fotograf: Jasper Ehrich
Seite 26	© Tanja Föhr, Agentur für Innovationskulturen
Seite 28	© Niedersächsische Staatskanzlei, Fotograf: Jasper Ehrich
Seite 29	Grafik © Tanja Föhr, Agentur für Innovationskulturen; Foto © Niedersächsische Staatskanzlei, Fotograf: Jasper Ehrich
Seite 30	© Niedersächsische Staatskanzlei, Fotograf: Jasper Ehrich
Seite 31	Foto „Karl Rothmund“ © Niedersächsischer Fußballverband; Foto „Meredith Michaels-Beerbaum“ © Meet Success AG
Seite 32	© Tanja Föhr, Agentur für Innovationskulturen
Seite 33	© Niedersächsische Staatskanzlei, Fotograf: Jasper Ehrich
Seite 34	Fotograf: Rüdiger Dägling, Rastede
Seite 35	© Politik zum Anfassen e.V.
Seite 36	© Tanja Föhr, Agentur für Innovationskulturen
Seite 38	© gbg
Seite 40/41	© Niedersächsische Staatskanzlei, Fotograf: Jasper Ehrich
Seite 42	© Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund
Seite 43	Foto „MP/Spax“ © Niedersächsische Staatskanzlei, Fotograf: Jasper Ehrich; Foto „Awe/Spax“ © Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund
Seite 44/45	© Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund, Fotograf: Bernd Borchardt
Seite 46	© Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund
Seite 47	© Niedersächsische Staatskanzlei, Fotograf: Jasper Ehrich



Niedersachsen packt an

Herausgeberin
Geschäftsstelle des Bündnisses
„Niedersachsen packt an“

Ansprechpartner
Heinrich Heggemann
Leiter der Geschäftsstelle des Bündnisses
„Niedersachsen packt an“
Telefon
0511 120-6909
E-Mail
Heinrich.Heggemann@stk.niedersachsen.de

Internet
www.niedersachsen-packt-an.de

Impressum
Niedersächsische Staatskanzlei

Planckstraße 2
30169 Hannover

E-Mail
Poststelle@stk.niedersachsen.de

November 2016

Gestaltung
Image Marketing GmbH
www.i-marketing.de

Alle Angaben erfolgten nach bestem Wissen und Gewissen.
Änderungen und Irrtümer vorbehalten.

Diese Broschüre darf nicht zur Wahlwerbung in
Wahlkämpfen verwendet werden.

Diese Broschüre wurde auf FSC-zertifiziertem Papier
klimaneutral in Niedersachsen gedruckt.



Niedersachsen. Klar.